

DEUTSCHE BÄCKER-ZEITUNG

Offizielles Organ
des Verbandes der Bäder und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Hamburg 23), Magistrat 6.

Offizielles Organ
der Central-Bäcker- und Brotbäcker-Kasse der Bäder und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Dresden), Liliengasse 12.

Winke für die Versicherten bei der Invalidenversicherung.

1. Allgemeines.

Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz ist nun bald 14 Jahre in Wirksamkeit, ohne sich bis jetzt jedoch, auch nach Entfernung der Novelle vom 13. Juli 1899, bei den breiten Massen der Versicherten, namentlich bei den in der Industrie tätigen, große Elegie zu erwerben.

Des öfteren ist schon versucht worden, die bei Einführung des Gesetzes überall vertretene Ansicht, daß es für die Versicherten eine vollständig unzureichende Arbeiterversorgung bedeute, zu widerlegen. Diese Ansicht herrscht heute noch vor. Man ging und geht von der Ansicht aus, daß es dem industriellen Arbeiter bei der intensiven Ausnutzung der Arbeitskraft, unter kümmerlichen wirtschaftlichen Verhältnissen, wohl selten vergönne sein, welche das 70. Lebensjahr zu erreichen, um dann in den Genuss einer Altersrente treten zu können. Auch bei frühzeitig einsetzender Invalidität könnten die Versicherten im allgemeinen wohl nur verhältnismäßig kurze Zeit einen zweitelligen Ertrag ihrer der Industrie verlorenen Verdienstfähigkeit in Bezug einer Invalidenrente finden.

Es kommt noch hinzu, daß die rein bureaukratische Verwaltung, bei der den Versicherten nur ein mehr als bescheidenes Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird, nicht gerade geeignet ist, die ganze Versicherung den Versicherten als eine wichtige Arbeiterversorgung erscheinen zu lassen.

Obwohl nur diese angeführten Unschwungen ohne weiteres begründet sind, so ist es trotzdem ein total verfehlter Standpunkt, wenn die Versicherten, wie es tatsächlich häufig der Fall ist, sich um ihre durch jahrelange Beitragseistung erworbenen ohnehin schon summierenden Stände blutweg summieren und dadurch sich selbst oft schwer benecheligen. Schon der Hinweis darauf, daß ein ungewöhnlicher Antritt auf Rente, bei dem sonst alle Voraussetzungen zutreffen, nur, daß zur Rentezeit vielleicht noch eine Beitragswoche oder anrechnungsfähige Krankheitszeitrechte fehlt, auskömmig ist und abgelehnt werden muß, sollte jeden Versicherten voranstellen, darauf zu achten, daß für alle geleisteten Beiträge auch die entsprechenden Beitragsmarken gegeben, oder Krankheits- und Militärdienstzeiten, soweit zulässig, in Aussicht kommen.

Es muß daher entschieden mehr der Standpunkt eingenommen werden, daß gegenüber den gesetzlich festgelegten Pflichten der Versicherten diese auf ihre erworbenen Rendestrong bedacht sind. Nur dadurch können sie für späteren Notfällen schützen. Die Rente, bei welchen den Versicherten wohl mit der größten Rendestrong die Beiträge in Abzug gebracht werden, die jedoch zur Rentenzeit. Invaliditätsversicherung nicht rechtzeitig oder ungängig angewendet werden, sind gerade nicht selten, und eben dann nach Jahren ein Antritt auf Rente erhoben wird und dieses Verhältnis sich herausstellt, so sind die Beiträge meistens verjährert oder der Arbeitgeber pleite oder nicht mehr zu finden und können die Beiträge nicht mehr nachgelebt werden.

Dadurch wünschen schon häufig Invalidenrentenansprüche abgewiesen werden, weil die vorgeschriebene Zahl von Beitragswochen nicht vorhanden war. Dazu kommt noch, daß wenn der Rentenbewerber durch ärztliches Attest für invalid im Sinne des Gesetzes erklärt wird, dieser überaupt keine Rente mehr erlangen kann, weil nach einem etw. späteren Invalidität keine Beitragsmarken mehr gelebt werden können, so daß der betreffende Rentenbewerber, der vielleicht nur wenige Beitragswochen fehlen, alle seine Rendestrong verloren hat. Für auch die Rente zu erlangende Rente an und für sich ungenügend, so ist doch der Bezug einer solchen ziemlich besser als gar nichts, zumal es als es wohl ein jüngerer Fall ist, daß ein Arbeitgeber für derartige Zeiten einen nennenswerten Betrag hat zurücklegen können.

Aber auch demjenigen Versicherten erwachsen Nachteile, der zwar die vorgeschriebene Rentezeit für einen Rentenbeginn nachweisen kann, der aber, weil er vielleicht sein Arbeitgeber nicht rechtzeitig oder nicht genugend, oder nicht eintreten zu melden, Verdienst angewendet wurde, die Wirklichkeit mehr Beiträge abgibt, die aber nicht abgezogen kann, so daß über die Rente bei der Berechnung der Grundbeträge und Steigerungsstufen nicht entweder berücksichtigt werden und zwar nicht das räumlich bei solchen zu, die auf Neuen geben, ihre Leistungskarte nicht genügend ausgenutzt zu haben. Dadurch kommt es sehr häufig vor, daß bei ein und denselben Versicherten, der in verschiedenen Beitragsanstalten berücksichtigt war, die Leistungskarten bei verschiedenen Beitragsanstalten kontrolliert sein können, da dann zwischen abgelösen sind

und ihre Gültigkeit verloren haben, deshalb auch nicht mehr anrechnungsfähig sind. Es empfiehlt sich daher für jeden reisenden Versicherten, daß er bei Austritt aus einer Belegschaft sich seine Leistungskarte abholen läßt, geben läßt, und darauf achtet, daß die folgenden Karten alle auf den Namen derselben Versicherungsanstalt lautem, auf welche die Leistungskarte Nr. 1 ausgestellt wurde. Alle späteren vollgesteckten Karten werden dann an die Versicherungsanstalt eingeliefert und dort registriert, ohne Rücksicht darauf, in welchem Gebiet der 31 Versicherungsanstalten diese ausgestellt und vollgesteckt wurden. Jede verlorene gegangene Leistungskarte muß bei jeder zuständigen Behörde auf Antrag ersetzt werden, auch müssen die in der verloren gegangenen Karte geführten Beitragsmarken in die erneute übertragen werden, wenn diese rückgewiesen werden können. Einzig wichtig ist es, daß lärmliche Nachweise über Krankheitzeiten bis zur Dauer eines Jahres, sowie über alle militärischen Lebungen gesammelt seien, auf der Karte anzgerechnet werden, da diese Seiten als Beitragszeit in der zweiten Kohlasse angezeichnet werden.

Des weiteren ist darauf zu achten, daß die Karte, bevor sie ungültig wird, was nach Ablauf zweier Jahre, vom Tage der Ausstellung an gerechnet, eintritt, bei der zuständigen Behörde zum Umtausch kommt, sofern sie in Händen des Inhabers ist, wobei noch zu beachten, daß auf einer Karte innerhalb dieser zwei Jahre mindestens 20 Beitragswochen geführt sein müssen, da durch Nichtbeachtung, diefer die Rendestrong erzielt und erst wieder anseht, wenn die vorgeschriebene Rentezeit wieder durchgestellt ist. Wenn durch versicherungspflichtige Belegschaft keine 20 Beitragsmarken innerhalb zwei Jahren geführt werden, so können die fehlenden, welche bei jeder Rente amtielt zu haben sind, freiwillig geführt werden. Dies empfiehlt sich auch für alle diejenigen Versicherten, die durch Selbständigkeit aus der Versicherungsanstalt aussteigen, vielleicht aber schon jahrelang Beiträge geleistet und Anwartschaft auf Rente erlangt haben, um sich so ihre Anwartschaft aufrecht zu erhalten.

Der Mittelstand.

Im Siegeszug ist in den letzten Monaten wieder viel über die Art des Mittelstandes gesprochen worden, und es sind von den Parteien der äußersten Rechten bis hinunter zur Linken, ausgenommen der Sozialdemokratie, alle möglichen und unmöglichen Vorwürfe, als da sind: bessere Überwachung des arbeitslosen Ausverkaufs, leichtere Handelsordnung des unfaßbaren Wettbewerbsparasiten, Verhängungsstrafen usw., geworfen worden, um dem veruntreulichen Mittelstand wieder auf die Peine zu holen. Bei dieser Gelegenheit ist auch leicht die Rendestrongverminderung getrieben. Ganz besonders die Rendestrong führt ja den Niedergang des Mittelstandes auf die Leiden (Warenhäuser) und die Konkurrenz zurück und ziehen nach Ausnahmegegenen. Die sozialdemokratischen Vertreter, die natürlich diesen Schwund nicht mitmachen wollen, sondern die übrigen Parteien auf leichterem Wege und erklären, daß mit solchen verschuldeten Mitteln keine Besserung herbeigeführt werden kann, werden natürlich als Mittelstandfeinde verachtet. Desgleichen, bei der ganzen Sache ist nun, daß der Groß-Wiedersatz als Rendestrongverminderer ganz richtig sich auf den Standpunkt stellt, der fortwährend vor sich gehende Konzentration des Kapitals wäre notwendig zur Verbesserung des Mittelstandes.

Die Rendestrong setzt nun ja zu einer ständigen Einschränkung der Rendestrong und immer wieder und wieder und wieder wird davon gewirkt, je mehr die sozialen Rechte einsetzen, daß trotz aller Rendestrong für den ehrenwerten Stand deren Angehörige immer mehr zur Sozialdemokratie übergehen.

Ganz besonders also die Warenhäuser und auch die immer mehr anwachsenden Konsumvereine vernichten den Mittelstand. Eigentliche Warenhäuser finden sich aber nur in den größeren Städten, und es müßte dennoch der Mittelstand in den kleineren Städten ein bedeutsliches Dasein haben. Da ich nun mein Domizil in einer Stadt von 20.000 Einwohnern habe, noch Universität, wo offenbar befürchtet wird, daß der Mittelstandfeind sich auf einen Teil der Stadt bezieht, erkläre ich auch einige Ausmerkunten auf die örtlichen Verhältnisse und habe im allgemeinen gefunden, daß sie für den Mittelstand nicht trauriger sein können wie gerade hier, und es darf kaum eine Großstadt geben, wo die Eröffnung so früh zu Tage tritt wie gerade hier, zunächst gibt es hier mehrere Straßen, wo Haus an Haus mindestens ein offener Laden, oft auch zwei und mehr zu vereinheiten sind. Dabei sind die Geschäfte und Geschäftslokale nicht auf einen Teil der Stadt beschränkt, sondern sie sind überall in der ganzen Stadt. Wenn man nun in so einem kleinen Geschäftchen kaufen will, so hat man fast das Gefühl, von hunderten Kaufleuten angefasst zu werden, die auf der Lauer nach Rente liegen. Ein Käufer ist für die Ladaberger gewiß eine kleine

Erscheinung. Selbstverständlich sind auch die Preise der Waren danach. Ich finde, daß hier die Lebenshaltung, selbst die Haushalte, eine teurere ist, wie in einer Großstadt, überhaupt kann ich in mancher Hinsicht die Ansicht, daß das Leben in den Großstädten teurer ist und daher auch der Lohn ein höherer sein muß, nicht teilen. Es besteht hier nun auch ein Konjunkturm am Ende, der gut 400 Mitglieder zählt, und sind hier im allgemeinen die Preise bedeutend billiger als in den einschlägigen Geschäften. Auch sind hier einige größere Spezialfirmen zu verzeichnen, die selbstverständlich einen bedeutenden Anteil haben. Ferner möchte ich noch bemerken, daß von den hier sich durchschnittlich aufzuhaltenden 1500 Studenten und noch anderen seinen Herrschern der größte Teil seiner Bedarf, mindestens an Kleidungsstücken und Luxusartikeln, in den Warenhäusern der nächsten Großstadt deckt. „Mittelstandstreter“ in der Praxis“

Dieses im voraus. Ich komme nun auf das, was uns am meisten interessiert, auf unser edles Bäckerhandwerk, zu sprechen. So sei zunächst angeführt, daß hier am Ende allein 10 Bäckereien leer stehen, die durchaus nicht geben wollten. Diese Zahl würde sich nur bedeckt vergrößern, wenn nicht ein großer Teil der übrigen 45 Bäckereien mit Großwirtschaften verbunden wäre. 20.000 Einwohner nur an 45 Betrieben verteilt, würde auf den einzelnen Betrieb 444 Kopie ergeben. Rechnet man dann einen Haushalt mit durchschnittlich fünf Seelen, so kommen auf jedes Geschäft 88 Haushaltungen. Angenommen, in jedem Haushalt würden in einer Woche drei Laibe Brot gebraucht, so kommt auf jede Bäckerei ein Brötzelbach von 275 Laiben. Rechnet man weiter auf jede Familie für 10 A. Brotbedarf, so macht das pro Tag 850 A für Gebäck; dazu 1240 A für Brot, ergibt einen Gesamtumfang von 20.90 A für jeden Betrieb. Nun sind die oben angeführten Ziffern noch ziemlich hoch gegriffen, denn bedeutet man, daß einerseits die Herren Professoren, Doktoren und Studenten mit ihrem Anhang mehrere Speisen als Brot genießen und daß hier ziemlich stark vertretene sogenannte Lumpenproletariat die dütere Röte dazu zwinge, die Kostoffel als Hauptnahrungsmittel zu verwenden, so würde sich das Resultat bedeutend zu Ungunsten unseres Handwerks gestalten. Es kommen noch hinzu die vielen Familien in den eingedebauten Universitätsschlitten und noch ein halbes Regiment Soldaten, deren Bedarf in einer nahen Militärbaude gedeckt wird. Demnach würden die Verhältnisse für die Bäckereien sich noch ungünstiger gestalten. Wie häufig es nun hiermit befallt ist, zeigen einige Beispiele bereit:

Nr. 1. Bäckerei und Wirtshaus mit einem täglichen Brotumfang von 10 Liter. Besonders wird ein Lebting Der Meister kommt abends zum Anzeigen und macht folgende Befragung: Meister: „Du morgen für jedes Werk Milchbrechen, Kranzbrötchen und Wasserbrot von einem Tag (abz. 10 A, kein Brot). 20 Brote und — für die Schweine getüftelt, der Stall und der Hof gereinigt und die Hühner kontrolliert.“ Lebting: „Die Schweine sind getüftelt, der Hof gelebt, die Hühner haben vier Eier gelegt und morgen legen drei, ich habe zugefügt.“

Nr. 2. Bäckerei mit einem Lehrling. Täglicher Umgang: Brotbedarf 5 A, Brot 10 Stück. Da in der Stadt wenig Bäckerei in diesem Gewässer lebt, muß der Lehrling mit Handelsware über Land, und wenn er Brot wieder bringt, kostet es Zehn und Raffia. Der Lehrling weiß sich zu helfen und legt nicht anstrengenden Kunden das Brot vor die Türe. Diese richten es nun immer so ein, daß sie an den bestimmten Tagen nicht dabei sind. Dies Brot wird natürlich als geborgt gebraucht und die Röfung wird hinterher verriegelt.

Nr. 3. Bäckerei und Wirtshaus mit einem Gesellen und einem Lehrling. Der tägliche Umgang beträgt für 10 A Brot. Der Lehrling kommt eines Abends in einen Wirtshaus und verlangt zweimal für 10 A Gebäck. „Zu meine Krage, wer dies erhalten soll, erklärt er: „Für 10 A ist für mich und für 10 A gehört dem Gesellen.“ Ein famos Abendessen!

Nr. 4. Bäckerei, Konditorei, Café und Süßerei. Umgang 10 Brote pro Woche, wodentags etwas Konditorei. Sonntags etwas mehr, täglicher Rüttling ungefähr 6 A. Der Chef erklärte eines Tages seinem Konditor: „Wir eilen mehr als wir verdienen!“ worauf der Konditor kündigte.

Doch glaube nun, es kann das Ende des Bäckerhandwerks nicht trauriger sein, als es hier der Fall ist. Das mindeste, was man eigentlich von einer Bäckerei verlangen kann, wäre doch, daß in jedem Betrieb zwei Gesellen beschäftigt würden, und es würden eigentlich 9 Bäckereien hier am Ende vollständig gerügt. Selbstverständlich sind die Löhn hier ganz untersetzt und es halten sich weniger angesehene Kollegen an. Zum größten Teil sind es junge und auch ältere Leute aus der Umgegend, und sind diese sehr schlecht für die Organisation zu gewinnen. Die Bäckerzunft hat hier auch sogenannte Meisterschaften eingerichtet, wodurch sich die älteren Kollegen zufriedig stellen. Der Nutzen ist für die Meisterschaften und die Teilnehmer bestigt die Qualifikation zum Meisterwerden. Z

nur auf eine Gelegenheit, auch so ein elendes Dasein als Bädermeister zu führen, wenn sie die Mittel dazu besitzen, oder sie warten auf die Gelegenheit, sich diese zu verschaffen durch — — eine gute Partie oder einen Lotteriegewinn oder ähnliche niedliche Illusionen mehr. Nachholen will ich noch, daß sich hier auch eine Konsumbäderrei befindet, die mehr und mehr an Bedeutung gewinnt; nach der geplanten Einrichtung einer modernen Bäderrei dürfte diese für das Handwerk eine vernichtende Wirkung ausüben. Auch begünstigen die Gastwirtschaften nicht so sehr die Lage, denn diese sind mit nur einigen Ausnahmen wenig rentabel, da an gut eingerichteten Wirtschaften auch schon Nebetrieb herrscht, der noch dadurch verstärkt wird, daß sechs Studentenverbindungen ihre eigenen Verkehrskioske gebaut haben. Auch so ein Städ Genossenschaftswesen. (Mittelstandsbäderrei in Theorie und Praxis.)

Der eigentliche Zweck meines Artikels sollte nur der sein, denjenigen Kollegen, welche sich noch mit dem Gedanken tragen, einmal selbstständig zu werden, und deshalb wankeimäßig sind, anzuraten, der Organisation treu zu bleiben, oder diejenigen, welche aus oben angeführtem Grund nicht für die Organisation zu gewinnen sind, zum Nachdenken zu bringen, was sie müssen tun, wenn sie der Überzeugung kommen, daß innerhalb unseres Berufes ganz unhaltbare Zustände herrschen, und daß die Angehörigen des Berufes durch ihre ganz verfehlte Denkungsweise diesen dem Ruin ausliefern. Die Bädermeister mitjamt ihren „Arbeitgeberorganisationen“ haben sich nicht der Aufgabe gewachsen gezeigt, diesen Ruin aufzuhalten, sondern verschulden ganz allein alle diese traurigen veralteten Zustände. Der Gesellenorganisation, dem deutschen Bäderverbande, wird es vorbehallen bleiben, unseren in den Traub getretenen Beruf wieder zu Ehren zu bringen; das tu ich glücklich jeder, der mithelfen will an der großen Aufgabe, dem Verbande an. E. R.

Aus unserem Berufe

Zur Lob und Bewegung unserer Dresdnerer
Kollegen. Hatte schon die vorige Versammlung welche
die Forderungen normierte, die hiesigen Bädermeister ge-
waltig in den Vormarsch gebracht, so hatte man nun in der
 Zwischenzeit eine Aktion eingeleitet, die dazu dienen sollte,
 um mit einem Male die ganze Bewegung von der Bild-
 fläche verschwinden zu lassen. Dazu bedurfte die hiesige
 Innung einer freitragende Unterstützung was siehe da, in treuer
 Gemeinschaft hatten sie sich zusammengefunden, um das
 Los der Bädergesellen auszufordern, die Verstände (noch
 nicht mal alle) des hiesigen Unionvereins, des Vereins
 christlicher junger Männer und des Club Lyricks, letzterer
 bestehend aus Bädermeistersöhnen und -Söhtern. Lieber
 die Körpe der Mitglieder dieser Vereine, von denen die
 meisten ihrerseits auch Verbandsmitglieder geworden sind,
 beschloß man, gemeinsam mit dem Vierungsvorstand, nach-
 stehendes Blatt an die hiesigen Kollegen zu verbreiten:

„Serte Stollagen!

Da von Seiten der Gemeinschaft der Böder eine Streitbewegung in Gang gebracht werden soll, erlaubten wir uns im Interesse unseres Gewerbes, als auch im eigenem Interesse der Kaufleute folgendes mitzuteilen:

Die vorberaagten, welche von jener Seite gestellt werden, sollen, soweit wir im Erfahrung gebracht haben, von der Unternehmung soweit es die jetzige Geschäftslage erlaubt, bestätigt werden.

Die Proben, die folgen, die nicht im Verband sind, in Einzelfalle ihre Stellung einzubüßen, oder später keine Arbeit wieder erhalten, ist genauso hinfällig, da der Arbeitsnachweis nie und nimmer in die Hände des Verbrechers kommt wird.

Wir erlauben deshalb unserer werten Kollegen, daß
der Verband jetzt zu halten und nicht ihren Verdienst
zum Teil negativen Betriebungen zu opfern, da im ganzen
schließlich mehr erreicht wird, als durch gewaltsames
Zerstreuen.

Gerechte Slogen über eine vorhandene Mängelnde werden bei Aussage an die Fassung von bestehen eingehend untersucht und bekräftigt werden. Zur weiteren Ausführung sind wir ganz bereit.

„Ja der Hoffnung, daß sich alle Kollegen weiteren
Gesinnungen anschließen werden, zeichnet
mit kollegialer Freiheit
Vereinigung „Freiheit“ - Gesellschaft „Freiheit“

Christl. Verein (Föderalteilung).
Die Naturvi. bereit geben weitere Gelegen in einer
am 14. März, im „Kranhaus“ von 1000 Schülern besuchten
Vorlesung. Der College Schrift reichtete in der Folge
Schrift des heutige Sachen zu weiteren Gelegen in mit eigen-
verfertigten Illustrationen beschreiben, sich durch nichts
verstehen zu lassen, während die einzige Rolle im Novem-
ber nicht zu bemerken. Schrift ergriffet er den Bereichs in
einer Rasse eines kleinen Wissens gehörigen Wiss. Bei
einem Vortragsredner, kann dies von den drei Klassen
„Vorlesungen“ verbreitende Singkraft; als eine
Übung in es zu bewältigen, wenn die eigenen Gelegen-
heiten diese Rasse wünsche ich zu den bestehenden Sonderge-
richten entzünden kann. Das ist die Sache der Natur-
vissenschaften muss man das bestimmt, was der Verein als Re-
sultat bestimmen kann, was die Mitglieder dieser Verei-
nigung und deren Nachkommen wissen zu tun haben, das
ist Schrift der Naturv. mit ihrer Ausbildung, ebenso

deren Mutter und wurde in die Schule gezwungen, ohne die
Von Mutter von ihm. Nachfolgende Schilderung
wurde aufdringlich empfunden. Sie war 1920
eine lange Schilderung, welche die Mutter
die Verfolgung in den Hitler-Zeiten beschreibt.
Die Schilderung ist mitunter
sehr schrecklich, aber sie ist die Schilderung der Erfahrungen
der Mutter und kann es nicht anders sein, wenn sie es einem Kind erzählt. Das
ist genau so, wie ich Schilderungen mit den Gedächtnissen
der Kinder zu tun habe. Die Schilderung hat das Rechten
Geht mir nicht aus dem Sinn, dass Schilderungen
schrecklich sind, wenn sie von Kindern gemacht werden.
Sie sind schrecklich, wenn sie von Kindern gemacht werden,
aber sie sind auch schrecklich, wenn sie von Erwachsenen
gemacht werden. Die Schilderungen
sind schrecklich, wenn sie von Erwachsenen gemacht werden, und die
sind schrecklich, wenn sie von Kindern gemacht werden. Sie sind schrecklich,
wenn sie von Erwachsenen gemacht werden, und die
sind schrecklich, wenn sie von Kindern gemacht werden.

19. The following is a list of the names of the members of the Board of Directors of the Bank of America, as of December 31, 1954:

sammlung einberufen und zwar wurden die Bäckergesellen auch dazu eingeladen. Es handelte sich hauptsächlich um die Neuwahl des Gesellen- sowie Herbergtausschusses. Nachdem die Versammlung eröffnet und die Neuwahl des Gesellenausschusses erledigt wurde, glaubten verschiedene Innungsgroßen, sich berufen zu fühlen, den Gesellen als rettender Engel in der Not beizubringen, so wurden die Gesellen wieder mal daran erinnert, daß nur dann ein friedliches Einvernehmen zwischen Meister und Gesellen stattfinden kann, wenn die letzteren den Kochspeisen folgen, welche ihnen von den Meistern vorgegeben werden, aber niemals zu kosten besonnen und um Gottes willen bloß nicht zu dem Sozialisismus geben, die auch in Bromberg wieder an der Arbeit sind, um das gute Einvernehmen zwischen Meistern und Gesellen zu untergraben. Es wurde darauf hingewiesen, daß die 40 % die Woche weggeworfen sind und gewisse Hektor nur von dem Gelde leben und nicht arbeiten wollen. Auch wurde über den Maximalarbeitstag und die Reinlichkeit in den Bäckereien debattiert, und als ein Kollege über die Mißstände der Bäckerei des Bäckermeisters Rosenau zu sprechen kam, so kam es zu bestigen Auseinandersetzungen, so daß es sogar Schimpfworte beiderseits gab. Außerdem wurde der Bäckermeister Springer seitens eines Gesellen derartig angegriffen, so daß ein Tumult entstand und die Versammlung bald darauf geschlossen werden mußte. Aber „die Sau fühlt sich am wohlst in ihrem eigenen Dreck“, und das trifft hier auch zu. Diese Elemente, die sich vor dem ausschimpfen und einander allerhand Schmeicheleien an den Kopf werfen, solche Leute sind den Herren angenehm; und auch hier: erst gab es Schmisse, dann Küsse. Diese Elemente haben dann zusammen bei einem Glas Bier die Befreiung und Errettung der Bäckergesellen von dem verdammten Sozialismus gefeiert und glauben damit sich ihrer schweren Mission erledigt zu haben.

Eines kann ich nur loben, daß die organisierten Kollegen sich sachlich verhalten haben, und dies ist ein sicherer Beweis dafür, daß dieselben durch die Organisation mehr gerettet haben, als die Errettet des „Eidgenössischen Bäderhandwerks“ mit ihrer Unabhängigkeit!

Deshalb richte ich an alle Kollegen Brombergs die
bittingende Bitte: Schert Euch alle um die Zahne der Dr.

Allerlei nette Zustände in Bäckereien von Frankfurt a. M. und Umgegend. In der Bäckerei von Kirchner, Moislingerstraße, ist der Kasten durchbrochen, indem die drei Gehilfen im Hause schlossen müssen. Außerdem sind noch drei Lehrlinge vorhanden, welche mit den Gesellen Werktagss wie Sonntags überarbeitet leisten müssen. Diese fünf Männer beschäftigen zusammen nur vier Betten; auch in der Schäferei viel zu wenig. Dass auch in Frankfurt a. M. die Lehrlingszüchterei zu blühen beginnt, erhebt man aus der Tattheit, indem ein Lumpensammler der hiesigen Firma und Mittelstands- better zwei Gesellen und vier Lehrlinge beschäftigen soll. Daraus kann man erschließen, dass die Bedürfnisse, welche in dieser Beziehung seitens der Handwerksschänken gehobt werden, die reinste Komödie sind. So sieht es mit allen mittlerischen Betrieben aus. — In der Bäckerei Bürkle, Trennachstraße, sind zwei Lehrlinge aus dem Schwäbischen und ein fügsich ausgelernter Geselle beschäftigt, die möglich länger arbeiten müssen. Die Lehrlinge werden bestimmt geschlagen und misshandelt, so dass fügsich einer von seiner Bäckerin Isen und seiner Frau sein Bett flogte. Seitens des Verbandsvorzügenden wurde diesem Herrn ganz schriftig der Standpunkt klar gemacht; im Wiederholungsfall werden weitere Maßnahmen eingreifen. — In der Bäckerei Schmitt in Heilbronn sind zwei Lehrlinge und ein Geselle beschäftigt, die stets Überarbeitet leisten müssen; die Kalenderzeit für 1905 bringt nicht aus. — In der Bäckerei Keller in Eddersheim a. M. sollen Zustände herrschen, die der Beschreibung werten. Das Brot, welches zum Brot umgedeutet wird, wird in demselben Reihen gerecht gemacht, dem die Börde gefordert wird. Das Blei, das zum Brötchen des Bäckers und Milch dient, wird auch zum Brötchen des Feuerwehrmanns hergestellt; auch wird mit

Wiederholen des Supperquartis beauftragt, eine Stube mit
wieder das Wetter aus dem oftmais jünfernden Schäffer
den Radieren geöffnet, um Dampf zu erzeugen. Die
Feste werden zum Körbchen beauftragt. Das Kind
wird wieder zum Zeig genommen. Aus dem Fuß-
schuh wird Schneebrot gebaden. Dieser schmutzige und
abige Zeig wird in derselben Wölfe hergestellt, wie die
anderen Zeige. Nach der Quaß löst mich im nächsten Abend

Wir sind der letzten Überzeugung nach dasselbe Schweine-
futter und Fleischfutter, wie die vorgerührten, noch viele be-
halten und fordern deshalb alle Kollegen auf, diese uns ohne
zögern zu stellen, damit wir ihnen zu Leibe gehen können.
Auch in den Hessischen Provinzen liegt jetzt viel im
Vorgrunde. Die Soße-Gärung und der Aufleidetumor in der
fadenlympe Provinz sind außerst leicht. — Bei Glau-
koma wird sehr leicht über die Zeit gezeitigt; auch im Bezug
auf den Hals- und Kehlberumor sowie die Soße-Gärung
gibt es nichts zu fürchten mehrig. — In der Hanauer Reih-
e-Bürokrat in vor einiger Zeit ein neuer Oberbäcker
in dem Betriebshofe eingesetzt worden. Dieser hat sich
in einer gegenüber jungen Vorläufer sehr verdient ge-
zeigt, indem er es bei der Direction durchgebracht hat, dass
dieser Bäcker alle seine Schafe abgetötet wurde, wodurch
die Wollverarbeitung wiederum das Ziel dieser zwei
Schäfen jetzt unvorsicht arbeiten müssen, berichtet sich aus
dem. Dasselben müssen jetzt ohnedies 35—40 Stunden
lang rösten bei einer Schafbelebung von 8—9 West. Diese
Schafe sind aber fast durchwegs hohes Fleischfutter, das durch

Unter Schriftsteller geschicht, gedruckt werden. Sie will
sein, und in diesem Berichte noch mehr Verkünderungen
werden. Aber wir sehen, wenn die Gedächtnisse so verstreut,
und leicht verlorengegangen seien, in Erinnerung
zu bringen. Es bedauert ist jetzt, daß nicht alle in diesem
so wundervollen Schriften erschienen sind. Diese
waren viele. Die älteren Schriften lassen für sie die Qualitäten
des Meisters sehn. Wie ist ein großer Schriftsteller ange-
brückt? Schriftsteller werden wir uns freier, wenn
sie die Ausgaben tragen, oder eines sehr bedeutenden
Preis, oder es wird mit hoher Stütze erfolgt. Ich darf hier
nur den Preis der Zeitschrift des Naturforschungsgesellschaf-
ts Gräflin ausspielen. Mit diesem Preis ausgestattet hat mir

bei der Übernahme der ehemaligen Genossenschaftsbäckerei sagte, nämlich: „dass die Arbeiter im Konsum besser gestellt würden, als wie bei der Genossenschaft.“ Bis jetzt ist aber davon nichts zu merken; hoffentlich kommt es noch. Nun, Ihr Kollegen von Frankfurt a. M. und Umgegend, aus dem Vorstehenden könnt Ihr erschen, in welchen Verhältnissen wir noch stehen. Deshalb schließe Euch alle dem Verbande an, um alle diese Missstände zu beseitigen. E. Beidig.

Nach dem Jahresbericht der Leipziger Rangsinnung ist „der Ausblick auf das neue Jahr nicht sonderlich schön und klar“ und weiter sagt derselbe: „Für so manches Innungsmitglied wird es gut sein, daß ein Blick in die Zukunft nicht möglich und der Schleier des Kommenden vom Amtlich nicht gelüftet werde.“ Ein herzlicher Standpunkt, welcher von Innungsführern alle Ehre macht! Also sie, die Wissenden, welche die Geschicke ihrer Innungsmitglieder zu leiten haben und sicher voraussehen, dass der Weg der übermächtigen Lebendigdächterei und Ueberfüllung des Berufes in deren Folge naturnotwendig zum Ruin des Kleingewerbes führen müssen, geben ihrer Fr. u. de unverhohlen dahin Ausdruck, dass die Innungsmitglieder über diese Frage im Dunkeln dahin tappen, anstatt denselben klaren Wein über die ihnen bevorstehende Zukunft einzuschenken. — „Herrlichere“ Blüten kann die Innungsdemagogie wohl bald nicht mehr treiben! Und den nach Erkenntnis der wirtschaftlichen Entwicklung ringenden Gesellen mutet man zu, sie sollen zu solchen Leuten Vertrauen haben!

Endlich findet sie mal Worte, nämlich die Berliner „Harmonie-Poetik“. Sie sind sehr wunder-

Berliner Germania-Zeitung. Organ des Herrn Bernhard, gegenüber der „Deutschen Bäderzeit“ dem Organ der „Freien Vereinigung der Bädermeister“ und sie lässt sich also vernehmen:

„Die Freie Vereinigung auch Sternchen-Väter genannt, hielt am vergangenen Dienstag eine große“ öffent-

dam, stellte am vergangenen Dienstag eine „große“ öffentliche Verhandlung ab, zu welcher sich 14 ganze Mann eingefunden hatten; natürlich gab der Wirt für diese Anzahl seinen Saal nicht her und wurde die „große“ Verhandlung — welche um 5 Uhr angefangen war — schließlich um 1/2 7 Uhr

— welche um 5 Uhr abgesetzt war — schließlich um 12 Uhr im Restaurant am Wiertisch abgehalten. In dieser Versammlung wurde die Abschaffung der Maut auf die Bahnlinie

Jamming wurde die Abfassung der Nacharbeit beschlossen. Von derselben Vereinigung wird auch ein sogenanntes Fachblatt herausgegeben, welches so ziemlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheint, denn die ganze Vereinigung ist kaum 60 Mann stark. Das Blättchen unterscheidet sich von den sozialdemokratischen Gesellenblättern nur durch noch höhere und rüdere Sprache. Im übrigen wird versteckt und offen verleumdet, auch entstellt, wie bei den anderen, nur daß diese sich wenigstens offen zur roten Fahne bekennen, während es hier noch halb verleugnet wird. — Man erfindet Sachen und läßt sich von irgend einem, vielleicht zu Verfolgungs- und Größe wahn leidenden, verbitterten alten Mann, Vören aufbinden und setzt diese häßliche Weisheit in Druckerschwätzze um. Wir können der Kollegin (?) nur verraten, daß ihr Träger seine ganze angebliche Wissenschaft nicht nur der Aufsichtsbehörde, sondern auch der Königlichen Staatsanwaltschaft mitgeteilt, also denunziert hat, doch da die Behörden nach eingehender Untersuchung nicht darauf eingehen wollten, seine persönliche Rache zu übernehmen — die Sache also abgewiesen wurde —, so versucht er seinen Haß in anderer Form zum Ausdruck zu bringen, und das liebe neue Fachblatt gibt sich dazu her. Im übrigen berichten die gewählten Revisoren, die dem Vorstande nicht angehören, alle Jahre ausführlich über den Stand der verschiedenen Kassen und geben auch in den Innungssversammlungen auf Anfrage deren Auskunft."

Das ist eine Abwehr im Stile der glorreichen Berichtigungen Bernatzik'scher Art, wie wir sie seinerzeit bei Veröffentlichung des Berliner Finanzskandals von dem guten Mann erhielten und über welche alle Welt bis zum Voderlebtstag, der erst seit 3 Tagen Mehl zu ziehen bekam, lachen mußte! Auch diese neueste Leistung wird jedem ein Lächeln entlocken!

Aus dem Meßer Gehülfenverein. Vor ungefähr drei Wochen kam im hiesigen Verein eine förmliche Revolution aus. Der Verlauf war folgender: Auf der Tagesordnung war Rechenjahrabschlußbericht vom Weihnachtsfest. Als nun zu diesem Punkt gekommen werden sollte, brach zuerst der Krach in der Vorstandshaft aus. Die Herren von der Vorstandshaft, mit Ausnahme des 1. Vorsitzenden, waren der Meinung, sie können eine Flasche Wein um die andere durch ihre Gurgel wandern lassen auf Kosten des Vereins, was auch wirtschaftlich geschehen ist. Der 1. Vorsitzende war allerdings anderer Ansicht wie seine übrigen Kollegen, und nun kam's zum Ausbruch. Nachdem der 1. Vorsitzende Bayertle, Bädermeistersohn aus Augsburg, sein Amt niedergelegt, wollten seine treuen Anhänger auch nichts mehr wissen von der ganzen Klubmiduselei. Jedenfalls auf Wunsch des Herrn Übermeisters Gerbes kam es zu einer Neuwahl des Ausschusses. Der ganze Ausschuß besteht aus 7 Mann. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Zwid gewählt, der den Wein auf Rechnung des Vereins getrunken hat; nun, da kann es gut werden! Die anderen gewöhnlichen Kollegen sind weniger von Bedeutung; die Hauptsaite wird ihnen sein, wenn es immer etwas zum Schmoren gibt, aber auf Rechnung des Vereins. Die Zahlstelle Meß wünscht nur noch mehr solche tüchtige Vereinsmiduselet für die Zukunft, nur dann kann es uns gelingen, Kollegen für den Verband zu gewinnen. Es kam beim 1. Vorsitzenden unserer Zahlstelle Meß der Babbibetrag gelegentlich in die Hände, der in der „Schwabischen Bäderzeitung“ sein Ziel verfehlte und wieder nach Meß zurück kam und in unser Verbandslokal. Der Jubel war schauder:

Mek, den 7. März 1915.
Ich bitte die verehrte Expedition, nachfolgenden Bericht
in Ihrer Zeitung einzutragen:

Börsengehüten-Verein Meß. Die in letzter Zeit in unserem Verein vorgekommenen Rüttigkeiten haben Veranlassung zu einer Neuwahl gebildet, welche am Donnerstag, den 2. März 1905 stattfand. Es wurden die nebenstehenden Kollegen gewählt: Präs. 1. Vorl.; Vort, 2. Vorl.; Vorschriftdi. Schriftführer. Außer den genannten wurden noch zwei Beisitzer und zwei Erstakleute gewählt. Sämtliche Ausichtsgesellschaften wurden neu gewählt. Wir hoffen, daß von nun ab mehr Einigkeit in unserem Verein herrscht, womit wir den Kollegen der biesigen Zahlstelle auch Widerstand leisten können.

**Aktionsvoll
Bödergenossen-Verein Reg!**
Dem Verband „Widerstand zu leisten“ ist also der aus-
gestrahlte Rost dieser noblen Gentlemen!
Die bilden und die dünnen Bäuche. Die
Resolution unter den Naturgenossen hat geklossen, denn
es das letzterer „Vertreterblatt für Böder und Conditoren“
gives die Firmenallianz nach mit dem bilden und dem
dünner Käfermutter; dawohn sind biele so netten und
schlüssigkeiten Vertretung aus der Wachter vor Wiede-

— nur noch je eine dicke und eine dünne Hand mit der Kaiser-
seimel von der verschwundenen Bracht, während man die
auslößigen Bäuch' und dito Köpfe aus dem Elichó heraus-
gemeißelt hat. — Es geht doch nichts über die Empfind-
lichkeit unserer „gebildeten“ Bädermeister!

Die aufriedeten Bädergehülsen in den
Bädergehülsen-Vereinen oder was haben wir
von den Bergnungs- und Dusel-Vereinen zu erwarten?
Gelegentlich der Nastling-Versammlung im Gau Frankfurt
und der dann folgenden Petitionsversammlungen wandte
ich mich mittels einem Birkular auch an die bestehenden
Gehülsen-Vereine im Gau. In demselben legte ich die Ziele
und Aufgaben des deutschen Bäder-Bundes klar und
ersuchte sie, die angesehenen öffentlichen Versammlungen zu
besuchen. Auch erklärte ich mich bereit, in ihrer Vereins-
versammlung eventuell einen Vortrag über den Zweck und
Nutzen der Organisation zu halten. In verschiedenen
Städten, wie Wiesbaden, Darmstadt, Gießen, Offenbach
und Kassel, haben sich dieselben einigermassen an den Ver-
sammlungen beteiligt, was wir mit Genugtuung hiermit
konstatieren. Nun sind aber von den Gehülsen-Vereinen
Mainz und Kreuznach Briefe an mich gekommen, welche
beweisen, wes Weisest Kinder diese Mimbini-Vereinler sind.
Der Inhalt dieser beiden Schreiben ist interessant und
erheiternd, weshalb ich sie den Mitgliedern nicht vorent-
halten will und sie hiermit der Öffentlichkeit übergebe. Der
Mainzer Verein schreibt wörtlich:

„Im Besitze Ihres geschätzten Rundschreibens vom Januar teilen wir Ihnen, dem Beschuß unserer Generalversammlung zufolge mit, daß wir uns den von Ihnen aufgestellten extramen Forderungen keinesfalls anschließen, wir vielmehr auf uns sympathischere Art und Weise mit den Meistern absindern, zumal wir uns für unsere Zukunftsposition, die darin besteht einstens selbst Meister zu werden, nicht geneigt sind, die Fundamente abzugraben. Im Uebrigen bitten wir Sie hörl. uns für die Folge mit Ihren Auskünften zu versorgen und zeichne

Hochachtend Der Vorstand.“
Und der Verein „Frühauß und Spätneider“ von Steuz-
nach antwortet:

In der heutigen Vorstandssitzung wurde allgemein die Ansicht geäußert, daß ein derartiger Vortrag in hiesiger Stadt als überflüssig zu betrachten sei, da die Arbeitsverhältnisse hier selbst so geordnet sind, daß Ihre Sache hier keine günstige Aufnahme finden wird.

Der Marktstand

schnet

Der Vorstand. **Der Schriftführer.**
S. Hößlich. Winter.
Ich will mich jeder weiteren Bemerkung enthalten und überlasse das Urteil über die Briefe jeden einzelnen Kollegen. Jeder wird nun einsehen, wohin er gehört und wo seine Interessen wirklich vertreten werden, nämlich in der gewerkschaftlichen Organisation, im Deutschen Bäcker-Verband. Ed. Seidig

Wie bei uns! Neben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

nisse der Bädergebüschen in Luxemburg ist uns noch wenig oder fast nichts zu Ohren gekommen. Vor einigen Wochen fand nun auch dort mit Hülfe des Kartells eine Gebüschversammlung statt. Wenn wir anfangs der Meinung waren, daß in diesem kleinen Landchen die Ausbeutungswut unserer Arbeitgeber nicht in dem Maßstabe wie im Heimatlande vorzustudieren ist, so haben wir uns darin getäuscht; ja insofern sind wir voraus, daß wir „Bäderschutzgesetze“ aufweisen können. Im freien Lande Luxemburg hat der Arbeiter einfach so lange in der Bäckstube zu sein, bis die Arbeit erledigt ist (Nach diesen idyllischen Zuständen schreuen sich die Innungen zurück!) Kurz und gut, die Arbeitszeit betrögt in den meisten Bäckereien der Stadt Luxemburg 15, 16, 17, 18 und sogar täglich 20 Stunden. In den kleineren Dörfern wird oftmals vom Samstag auf Sonntag durchgearbeitet. Demgegenüber sind die Löhnne um desto schlechter. Was soll ein Monatslohn von 30—35 Fr. in der so teueren Gegend bedeuten? Die Organisation wollte auch hier Vorschläge legen, indem den Gebüschen der Weg zur Einigkeit gezeigt wurde. Einige Kollegen unterzogen sich mit Freude der Kleinarbeit und alles erwiederte den Anschein, daß nun auch dort eine tatsächliche Bewegung für unsere Kollegen im Entstehen begriffen ist. Doch die Meister waren anderer Meinung. Sie hatten schon von ihren deutschen Nachbarn gehört, daß der Arbeiter rechtslos erhalten und rechtslos bleiben soll. Um den Arbeitern nicht lange Zeit und Gelegenheit zum Überlegen ihrer künftigen Pläne zu geben, griffen sie ganz einfach zu dem probaten Mittel und gründeten nach deutschem Muster einen Klimbimverein. Der luxemburger Überinnungstest schlug noch den Record bei allem bis jetzt Dagewesenen und stellte sich als Vorreitender an. Die Spize seiner fleißigen Gesellen, die boshaften Herzergegen wurden nach deutscher Schermauerweise aus der Stadt vertrieben. Und seitdem herrscht wieder Ruhe und Friede in der Stadt Luxemburg. Die Unternehmer könnten diesmal noch das Strohfeuer unterdrücken und zum Berlöschen bringen. Ob es ihnen auch bei einem nochmaligen Anlaß der organisierten Kollegen gelingen wird? Aber auch überall, wo wir den Fuß bei unserer Auflärungsarbeit hinsetzen, arbeiten die Meister nach dem deutschen Schema F dagegen. Und in diesem Falle machen sie gleich einen Zuschlag mit ihrer Berapluterungsarbeit; der lokale Luxemburger Obermeister übernahm selbst das mühselige Sut eines Klimbimvereinsvorstandes. Er wird wohl nicht eines Tages der Versuchung unterliegen und in die Aufzettel der deutschen Ehrenmänner von Björkheim und Albeck treten! —

Patent-Bericht, mitgeteilt vom Patentanwalt
Dr. Aris Fuchs, dipl. Chemiker, und Ingenieur Alfred
Dönbürger, Wien VII., Siebensternstraße 1. Auskünfte
in Patentangelegenheiten werden Abonnenten d. M. un-
entgeltlich erteilt. Gegen die Erteilung unten angeführter
Patentanmeldungen kann binnen zweier Monate Einspruch
 erhoben werden. Auszüge aus der Patentbeschreibung und
 den Zeichnungen werden von dem angeführten
 Patentanwaltsbüro zum Preise von 5 Kr. angefertigt.
 Österreich: Einspruchsbereit bis 2. Mai 1905. Nr. 2 b. An-
 treibvorrichtung für die Räuberme von Rüssel- und Snet-
 polstinen mit zwei Sägen radial gerichteter Zackenarme,
 mit Friedrich Wilhelm Lieda, Patention, B. St. A. —
 Deutsches Reich: Gebrauchsmuster; Nr. 2 b. Apparat zum
 medianen Entfernen von mittels Maschine geformten
 Löchern aus einem Zell enthaltenden Gebanke mit dröhigem
 Werkzeug bestehend aus einer Reihe von aufeinanderfolgenden
 und schaufelförmigen Hobeln für Feigfett- und
 Wildfettzähnen. Käfer Rettermann, Ritter. — Österreich:
 Einspruchsbereit bis 15. Mai 1905. Nr. 2 a. Anton
 Fuchs: Brille in Mauerbach, Niederösterreich.
 Auf dem Rahmen ist eine Knopf aufsteckender,
 in einer zur Weichdruckrichtung parallelen Ebene ange-
 brachte Nase untergebracht, die oben durch ein gewebe-
 festigtes, zum Abzug in derischen Ohren führendes Web-

miteinander verbunden sind, um bei unbehindrter Be-
schickung und Entlehrung des Ofens die Heizoberfläche mög-
lichst groß zu gestalten. — Um den Feuerungsraum im
Innern des Ofens ist ein mit der Außenluft in Verbindung
stehender Mantel angeordnet, mit welchem mit seitlichen
Durchlässen versehene Verteilungsröhre kommunizieren, um
die Warmluft gleichmäßig zu verteilen. Als wärmeauf-
speichernde Schicht an der Backraumwandung dient eine
Kiesellage, die durch Drahtnetze oder Gitter festgehalten ist.

Bemerkenswertes aus den Mitgliedschaften.

Altona. Eine von gut 200 Mitgliedern besuchte Versammlung tagte am 19. März im Lokale des Herrn Gels. Tagesordnung: Sanktionierung der Sektionsbeschlüsse betreffend einer Lohnbewegung. Nachdem der Vorsitzende die Forderungen verlesen hatte, beschloß die Versammlung, die Punkte einzeln durchzuberaten. Die Versammlung stimmte nach zweistündiger reger Diskussion den Forderungen zu bis auf Punkt 3 Abs. B, welcher noch einer Änderung bedürfe. Kollege Friedmann spricht der Versammlung seinen Dank aus für die friedlichen Verhandlungen in Bezug der Forderungen. Redner hofft, daß wir hier in Altona und Hamburg, ebenso wie in Berlin und München, einen Tarifabschluß zustande bekommen. Als Delegierter zum Verbandstag wurde Kollege Memmen mit 83 von 105 Stimmen gewählt. Die einmalige Erhebung einer Extrasteuer von 1 M für Monat März fand einstimmige Annahme. Die Anstellung eines Beamten für Altona-Hamburg wurde von einigen Kollegen scharf kritisiert und müßte eine Verschmelzung der beiden Zahnstellen noch sich ziehen. Friedmann erklärt, daß die Anstellung von Zahnbeamten nur Ullmanns eigene Ansicht sei.

In Breslau beschäftigten sich die Kollegen mit der Bewährung einer freien Nacht an den hohen Festen und reichten an die zuständige Behörde ein Gesuch ein mit dem Antrage, durch Verordnung im Bäckergewerbe zu den hohen Feiertagen vom ersten auf den zweiten Tag vollständige Arbeitstube einzuführen. Zu diesem Antrage sollten sich zunächst die Arbeitgeber äußern, und es stand auf Beratung der Behörde unlängst eine Versammlung der Bäckereiinnung statt. Der Versammlung wohnte der königliche Gewerberat Herr Petersen bei. Der Antrag wurde in Mehrheit abgelehnt, obwohl sich eine Anzahl Meister zur Annahme ausgesprochen hatten. Der Gewerberat wollte nun auch die Meinungen der Gesellen hören und sprach dem Gesellenausschuss den Wunsch aus, daß zu diesem Zwecke eine Gesellerversammlung stattfinden möchte. Der Gesellenausschuss veranstaltete eine solche am 14. März in der "Stata", Nikolaistraße, zu der der gesamte Innungsraund und eine Anzahl Meister, besonders die, die gegen den Antrag gestanden, kirchliche Einladung erhielten. Die Versammlung war zahlreich, auch von Meistern besucht. Der Gewerberat nahm gleichfalls an derselben teil. Der Altgeselle berichtete über den Verlauf der Innungsversammlung, worauf eine rege Diskussion entstand. Herr Bäckermeister Rößler erklärte, er wolle gern seinen Gesellen, er beklagte deren neun, eine Ruhezeit gönnen, aber den Festen könne er das unmöglich. Er habe große Restaurants, Weinhandlungen usw. zur Kundschafft, die er

ich zu den Feiertagen mit Gebäd versorgen müsse. Bei
m gehe es absolut nicht. Die Bäder, die dazu unstande
ien, sollen es tuig tun, et sonne es nicht. Es sprachen
dann Gesellen, von denen die Ausführungen der Kol-
legen Ziegler und Mache hervorzuheben sind. Ziegler be-
erkte, daß die Meister sich ströuben der Konkurrenz
gegen, damit der eine nicht mehr Kunden bekommen solle
als der andere. Von vielen Meistern werde selbst zuge-
ben, daß die Bettiebskosten am ersten Festtage größer
sind, als die Einnahmen, und so könnte man die Weige-
ng nicht verstreben. Der Bäder habe weder Sonntag
noch Feiertag Ruhe, wie eine Maschine müsse er arbeiten,
viel Tage im Jahre sonci Tage müsse er ohne Ruhe
und Rast tätig sein. Men könne es den Meistern nicht
verlassen, wie sie die Ruhezeit eintichten wollen, die
aupräliche sei doch die, daß die Arbeiter wenigstens an
zuhohen Feiertagen sich einmal ihres Lebens erfreuen
mögen. Beim Bäderstreit habe man der Forderung auf
eine freie Nacht verzichtet, aber wie ist das Maßnahmen

ie freie Nacht zugezettelt, aber wie ist das Versprechen
erhalten worden? Die Meister wollen einfach nicht. Das
dazu nicht imstande seien, sei eine vorteile Ausrede; was
anderen Städten möglich war, ist in Breslau nicht un-
möglich. Es werde immer vor den Meistern behauptet,
die Gejellen wollten gar keine freie Nacht, das glaubt
niemand, welcher Gejelle wollte zu den Feiertagen sich nicht
mal ausruhen. Siegen hofft, daß die Behörden sich trotz
ablehnenden Innungsbeschlusses sich nicht abhalten lassen
dürfen, die so berechtigte notwendige Verordnung zu er-
lassen. Werde mics auf die zu Weihnachten v. N. in Berlin
ausgängene Polizeiverordnung, betreffend die Freinacht, hin-
weisen, der die Berliner Meister sich ganz gut abgefunden
haben. In Breslau sei es nur als zünftlicher Troß aus-
zugeben, wenn der Antrag nicht genehmigt wird. Die Ware,
am ersten Feiertag hergestellt wird, sei wirklich ganz
normal, und dazu zum Teil untraglich. Die Meister
fürchten die Besorgnis, daß viele unter ihnen sich an den
Schlag nicht lehren und doch baden würden. Diese Be-
sorgnis brauchten sie nicht zu haben, die Gejellen werden
die nötige Kontrolle schon Sorge tragen. Die Verord-
nung muß und wird kommen, mögen die Meister sich noch
so sehr sträuben, alle anderen Berufe haben ihre Arbeits-
zeit, nur die Bäder haben keine. Die Kollegen sollten nur
nig sein. Herr Bäckermanns Ritter äußerte sich dahin,
die Person, die den Bäderberuf erwählt hat, habe die
Sacharbeit gefallen lassen müssen, es gäbe ja so viele Be-
rufen, die die Nacht hindurch auf dem Posten seien müssen.
S. die Einzelperson, die Eisenbahner, die Feuerwehr
usw. Werde häte gegen seine eigenen Kollegen einen
seinen Vorwurf erdoven, wenn er sage, die Feiertags-
zeit dinge nicht viel. Rache erwiderte: Herr Ritter
geselle, daß die von ihm genannten Beamtentkategorien
Lebenszeit gegen festes Gehalt angestellte Leute sind.
Bäder aber münden für einen Tag nicht.

Vader aber magten jut einen erbotmälichen Lohn die
sie durcharbeiten und ihre Christen; sei zudem eine lebe
liche. Mit solchen Beispielden sollte man den Gesellen
kennen. Er habe nicht den Kollegen einen Vorwurf
nicht. Der Vorwurf treffe vielmehr das Arbeitsleidem
Bäckergerwerbe, das den Bäckergesellen vor und zu den
erzogen dermaßen entstengt, daß er schließlich bei der
zeit ermüdet. Mache bemerkte zum Schluß, daß die
reiter der Behörden durch den Verlauf der Versamm-
lung in der Überzeugung gelangt seien werden, daß es
Gesellen mit ihren Betriebsarten ernst sei, das dritt-
vertragende Bäckermeyerwerbe zu haben, daß sie gerecht-
igte Forderungen stellen, die bei gutem Willen zu er-
füllen sind. Auf daß dieser Standpunkt der Masse
eine

nicht zu rechnen. Daraum müsse die Regelung durch gesetzliche Maßnahmen erfolgen. Hierauf wurde von den Gesellen einstimmig folgende Resolution angenommen: „Heutige Versammlung der Breslauer Bädergesellen erscheint es als eine beschämende Taliache, daß die Fortsetzung der drei Ruhetagen im Jahre überhaupt noch gestellt werden muß; um so beschämender aber ist es für unsre Bäderinnung, wenn sie dieser winzigen und gerechten Forderung noch entgegentrete. Weil der berechtigte Wunsch der Bäderhülfen, an den drei hohen Feiertagen je einen Ruhetag zu haben, auch von einem großen Teile der Meister bestimmt vortretet wird, und weil diese Fortsetzung, wenn allgemein durchgeführt, die unlautere Konkurrenz beseitigt und das ganze Gewerbe nur nützen kann, erwartet die Versammlung von den zuständigen Behörden bald die benötigte Verordnung, durch welche in den Bädereien dreimal im Jahre eine 36stündige Ruhezeit erreicht wird. Die Breslauer Bädergesellschaft protestiert gegen die Stellungnahme der Innung zur Frage der Feiertagsruhe, und Erwägung dessen, daß im Bäderbetriebe trotz Nachtarbeit und überlanger Arbeitsszeit bei den jämmerlichen Löhnen noch die siebentägige Arbeitswoche besteht und anderthalb Hunderte und tausende von Gesellen arbeitslos sind, wegen der Übersättigung im Beruf diesen verlassen müssen, entsprechen die Versammelten, sich nun der Organisation anzuschließen und halten die Zeit für gekommen, wo im Bädergewerbe jede Woche ein Ruhetag eingeführt werden muß.“

In Frankfurt a. M. wurde die gut besuchte öffentliche Versammlung am 15. März, die im großen Saal des Gewerkschaftshauses tagte, im wahren Sinne des Wortes zu einem kleinen Arbeitersfest. Einige prächtige, von aussanghörigen vorgetragene Freiheitslieder erzeugten eine fröhliche Stimmung zum Vortrag des Genossen Rolf Monasse über Revolution und Krieg. Die wahre Freundschaft, religiöse Ansichten und die Stellung der politischen Parteien zum Krieg, ferner die Barberai des Kriegers selbst und das Verhalten eines freiheitlich denkenden Mannes zu derselben, Soldatendienst, Soldatenmühungen, alles das, betrachtet vom Standpunkt des Genossen und Gewerkschaftlers, verstand der Referent mit eindrücksvollen Bildern zu schärfern. Zum Schlusse ertönte wieder die herrlichen Klänge eines Arbeiterliedes.

Am 14. März sollte in Hanau u. a. M. eine öffentliche Versammlung stattfinden, aber leichtsinnigerweise hatte Vorsitzende Kollege Saufel, die Versammlung ungemeldet, was auch zu derselben nicht erschienen. Spuren waren daher gezwungen, mit einer Besprechung abzuhalten, in welcher Kollege Niedel aus Reichenheim bei Frankfurt am Main das Wort über unsre Tagesordnung hatte. Redete er in zu Herzen gebenden Worten den Kollegen zu, wie und in welcher Art und Weise die Reformierung der Väterverhältnisse stattfinden sollte. Auch den heutigen Väterschuhgesetze, vor allen Dingen den Magistratstag erläuterte er in eingehender Weise. Es war besonders in Hanau an der Zeit, daß die Kollegen Kenntnis kommen, und sich organisieren, denn die alten Verhältnisse sind nicht gerade die rösiesten, aber leichtlich es hier an Kollegen, welche die Führung in energischer Weise in die Hand nehmen. Sollten irgendwo Kollegen sein, welche sich die Sporen in der Agitation verdienten, so wäre Hanau der geeignete Platz als Bühne zu wirken und zu schaffen. Ein neues Mitglied wurde dem Verbande zugeführt.

Am 19. d. M. fand in Katowitz eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung: amtsmäthlich der Ren.- resp. Nachwahl gewidmet. In Diskussion vor dem Wahlkasten war die Stimme einer einzige. Fast alle Kollegen fanden für das Verhalten des Vorstellers Ziegler nicht den geringsten Anlaß vor; rächen sich einstimmig darüber aus, die Wahl nochmals zu nehmen, den Kollegen Hödt als beste Demonstrantin einstimmig wiederzuwählen. Röhl, Poppel brachte einen Antrag ein, welcher die selbigen Tags nachstehende Versammlung erforderte, gegen das Verhalten des Vorstellers Ziegler beim Hauptvorstand Broteln einzutreten. Der Antrag wurde schließlich nach ertragter Debatte einstimmig angenommen. Der nachherfolgende Wahlkasten brachte es in der Sicht, daß Kollege Hödt wieder einstimmig bei einer stimmenthaltung gewählt wurde.

In Königberg fand am 12. März eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genöffe Linde über die Frage referierte: „Sind wir fähig, in diesem Sommer Vorlesungen an unsere Meister zu stellen?“ Referent schilderte die Königsberger Kollegen als die schlechtesten organisierten und meint dabei auf die Berliner Kollegen hin, denen man früher dassehne sagen könnte, die jetzt aber durch ihre guten Organisation ihre Lage bedeutend verbessert hätten. Weiter schilderte Genöffe Linde die Wichtigkeit der hiesigen Meister. Ihre einzige Waffe ist der sie alles abwehren, falls der Geselle mal ein passendes Lob oder bestetes Ehren wünschen, ist die den Kollegen auf seine Rücksicht, auf das Selbstständigwerden, trösten. Auch kommt es vor, daß die Meister Geselle, die sich am tollsten an der Reise herumtreiben und für viele Jahre ausbeuten lassen, sogar mit Ehrenzeichen und Medaillen belobnen. Weiter schilderte Referent den Ruf des Verbundes und was derselbe errungen hat. Er erinnerte Kollegen über alles anzuführen und sie der Organisation zuzuführen, denn erst dann seien wir fähig Vorlesungen zu stellen. In der Diskussion sprachen die Kollegen, Täbale und Brotsche im Sinne des Referenten weiter wurde die Sonntagsruhe kritisiert und von den Kollegen Trost und Freude hervorgehoben, daß Geselle und Lehrlinge aus durch vor dem Meister, dem Beamten um er revidierten kommt, die Nacharbeit losen, wodurch vielleicht die Revision erleichtert wird. Kollege Jähnrichtet, daß die hiesige Druckerei sich ausgelebt hat, als Verbandsgesellen vom 1. April ab von der Arbeit ausscheiden und erucht alle Kollegen, sich nicht auf Artverboten zu lassen und weiter für den Verband zu streben nach einem frastigen Schlußwort des Referenten, in dem die Kollegen erfuhr, noch zu organisieren, wurde die Versammlung geschlossen.

In Weimar hielten unsere Mitglieder am 15. März eine Bezirksversammlung ab, um zur Delegiertenwahl zu einer Versammlung Stellung zu nehmen. Unser Kandidat Kollege Dörr erklärte, daß er dem Wahlkomitee nicht habe, seine Mandatstücher zurückzuziehen; allerbedeutsamere Umstände hätten ihn dazu veranlaßt, sich einer regen Diskussion und Beratung der Bevölkerung folgende Resolution einstimmig ergriffen: „Die heutige Bezirksversammlung der Besucherverbände wird der Kandidaten energetisch gegen die nachstehende Amtierung des Kollegen Seidig als Kandidat im 22. Wahlkreis, nachdem die Kandidatenliste Kraft ergriffen.“

Verbands-Mitglieder! Die Organisation ist die Waffe zur Erfüllung menschenwürdiger Existenzbedingungen; sie ist der Schutzwall gegen die Unterdrückungsgelüste unserer reaktionären Feindesmeister, deshalb bezahlt pünktlich und regelmäßig Eure Beiträge und werbet unablässig neue Kämpfer für den Verband, damit unsere Organisation nach innen und außen gestärkt werde.

Die Diskussion über die Aufgaben des Verbandstages.

Wenn man nach dem alten Erfahrungssatz im geschäftlichen Leben urteilen will, daß nämlich die schärfsten Gegner jedweder Neuerungen zuerst das Wort ergreifen, dann kann man getrost auf Grund der in diesem Blatte geöffneten Diskussion über die Anträge des Verbandsvorstandes sagen, daß die übergroße Mehrzahl der Verbandsmitglieder der Überzeugung sein muß: Nach den Anträgen des Verbandsvorstandes verfahren, heißt die Organisation im Interesse ihrer Mitglieder und ihrer gestellten hohen Aufgaben besser ausbauen, dieselbe innerlich stärken und kräftigen! Doch wir wollen hier nicht große Betrachtungen anstellen über die Aussicht dieser Anträge, sondern uns zunächst einmal mit den Auslassungen des Artikelschreiber beschäftigen.

Da sind zunächst die freilichen Aussführungen des Kollegen Möller-Schwerin für Verbesserung der Unterstützungsweise und dadurch notwendig werdende Beitragserhöhung. Derselbe hat vollständig Recht, wenn er ausruft: „Es wird uns alles wieder zu gute kommen“, denn das war auch der Grundsatz des Verbandsvorstandes bei Stellung der Anträge. Der größte Teil der Einnahmen der Hauptklasse aus der Erhöhung der Beiträge soll den Mitgliedern in Form verbesselter Unterstützungsleistungen wieder zu gute kommen, soll also in die Taschen der arbeitslosen und kranken Mitglieder wieder zurückfließen, wie wir das in dem Artikel über das Unterstützungswoesen des letzten Jahres zahlreichig nachgewiesen haben. Aber die Gegner dieser Anträge verschweigen — wir nehmen zu ihrem Gunsten an, daß sie das nicht in böser Absicht tun — das geistiglich, und mancher von diesen Kollegen hat schon in Versammlungen die Sache so bingestellt, als sei die Beitragserhöhung notwendig zur Bezahlung der unbedingt notwendigen Ortsbeamten in großen Zahlstellen. Das ist eine unschöne Verbreitung der Tatsachen! Bis jetzt hat sich noch jeder Beamte der Organisation, sei es nun Gen- oder Ortsbeamter, in füßer Zeit durch bedeutende Mehreinnahmen der Organisation aus diesem Bezirk bezahlt gemacht und in dem einzigen Falle, wo dieses nicht zutraf wegen mangelhafter Agitation des Betreffenden, hat derselbe bald gehen müssen! Man kämpfe also nicht weiter mit solchen unteren Mitteln, denn für die Aufstellung von Kassierern, dort wo sie unbedingt notwendig sind und wo sie sich schon nach kurzer Tätigkeit bezahlt machen müssen, darf es keiner Beitragserhöhung. Deren Gehalt wird sich durch die Einkassierung von Beiträgen von solchen Mitgliedern, die sonst dem Verbande verloren geben würden, weil sie zu pflegtmäßig sind, unzureichend ihre Beiträge zu bezahlen und die nun energisch zum Zahlen angehalten werden, in füßer Zeit doppelt und dreifach aufzubringen lassen, wie das bisher die Erfahrung gelehrt hat.

Der andere Teil der Mehreinnahmen aus den Beiträgen soll in den Mitgliedschaften, die keine angewiesene Position haben, verbleiben, dann diese in der Lage sind, befreit und plausibler agitieren zu können und auch, um ihren Vertrauensleuten eine kleine Entschädigung für deren Mühe und Erschöpfung gewähren zu können. Das letztere eine unmöglichkeit allein schon wegen der großen Mühe und der verschiedenen kleinen Ausgaben, die solcher Posten für die Person mit sich bringt, wird niemand leugnen wollen. Die immer komplizierter werdende Verwaltungsarbeit in den Mitgliedschaften fordert solche kleine Entschädigung fiktivisch, wollen wir aus dem großen und organisationsbedürftigen Wechsel der Vertrauensleute in den Mitgliedschaften hinauskommen und uns tüchtige und erfahrene Kräfte auf ihren Posten erhalten.

Kollege Rassing befürchtet, daß ihn mancher ob seiner Anregungen für verrückt halten wird, und wir glauben, daß auch viele Mitglieder diese Meinung vertreten, obgleich auch viele mit seinen Anregungen betr. 2 Beitragsklassen einverstanden sein werden. Und auch auf die Gefahr hin, daß man von uns das Gleiche behaupten wird, wie von Rassing, müssen wir uns mit seinen diesbezüglichen Anregungen einverstanden erklären. Wir sind der Überzeugung (diese hat uns die Erfahrung ergeben), daß auch in unserem Verbande die längste Zeit nur eine Beitragsklasse bestanden hat. Die Entwicklung der Verhältnisse drängt gebieterrisch darin, mehrere Klassen einzuführen. Doch halten wir diese Frage noch nicht ganz scharf und wollen uns heute noch nicht mit ihr ausführlich befassen. Bemerkt sei aber das, daß uns nur gerade Verwaltungstechnische Notiz keine heile noch Abhandlung lassen, dieses Problem lebhafter zu propagieren. Mehrere Beitragsklassen — das steht unumstößlich fest — machen die Verwaltung und Haushaltung in den Mitgliedschaften, und nicht weniger in der Hauptverwaltung, sehr kompliziert, und für solch komplizierte Verwaltung ist uns das allgemein anzutreffende Verhältnis in der Organisation noch nicht reif. Rassing würde auch bald den Druck ausüben können, wenn er bei einem Vorberatungsausschuß von 1/2 nach 1/2 wöchentlicher Mitgliedschaft 10 Pf. nach 12 Wochen 120 Pf. nach 150 Wochen 25 Pf. und nach 240 Wochen 300 Pf. Unterstützung auszuzahlen wolle! — Da Unterstützungsblöcke über 2 Pf. pro Woche hinaus werden wir auch erst greifen können, wenn die allgemeinen Lohnverhältnisse unserer Kollegen um mindestens 25 Prozent erhöht sind. So lange wir aber noch Durchschnittslöhne bei 100 und 100 Pf. von 9.20 Pf. pro Woche und das Lohn- und Rentensystem in nennenswerter Bedeutung überhaupt noch haben, oder Löhne von 23.27 Pf. pro Woche

ohne Lohn und Logis (wie jetzt nach unserer Statistik), ist aus sehr gewichtigen Gründen nicht davon zu denken, daß wir die Unterstützung in höheren Söhnen als täglich 2 Pf. einführen können.

Die jetzige Form der Unterstützungsauszahlung, welche selche Mitglieder, die nur kurze Zeit (weniger als sieben Wochen) arbeitslos waren und das Jahrespension der Unterstützung in mehreren Perioden bezogen, benachteiligte gegenüber den Mitgliedern, die ihre Unterstützung voll untereinander bezogen, will auch der Vorstand durch seine Anträge beilegen. Aber auch diese Verbesserung erfordert nicht ganz unbedeutende Mittel, wie wir in dem Artikel über das Unterstützungswoesen ausgeführt haben.

Wenn Rassing aber Leute anführt, die Unterstützung bezogen und nicht eher in Arbeit gehen wollten, ehe sie diese voll bezogen hatten und er hat nicht dafür gezeigt, daß durch die Hauptverwaltung solche Kassenmatodeuren die Unterstützung entzogen wurde, so ist das ja hart zu verurteilen. Das Reglement bietet genügend Handhaben dazu und die sind auch von der Hauptverwaltung energetisch zur Anwendung gebracht worden, wo solche Fälle gemeldet wurden.

Wenn Rassing an unserem Nachblatt sein quetsches Haar läßt, so übertreibt er gewiß stark. Vielleicht wollen wir Sachverständige über den Inhalt unseres Nachblattes urteilen lassen und sind der Überzeugung, daß diese das Blatt als gut redigiert anerkennen, auch dies dann tun werden, wenn sie in dem Glauben sind, der Redakteur habe nichts anderes zu verrichten, als die Zeitung zu redigieren und zu expedieren. Letzteres ist nun allerdings nicht der Fall und in den letzten 2 Jahren hat der Redakteur nie mehr als 1½ bis 2 Tage pro Woche auf Herstellung der Zeitung verbraucht können.

Rassing befindet sich auch in einem großen Irrtum, wenn er sich dem Glauben hingibt, daß ein Redakteur mit etwas mehr Zeit mehr agitatorische Artikel, dabei die beruflichen Verhältnisse berührend, und ausköhlend, schreiben könnte. Wir glauben kaum, daß aus der Feder des Redakteurs eines Gewerkschaftsblattes mehr Artikel als im Jahre 70 bis 80, wie das bei uns immer der Fall war, kommen können.

Wir behaupten aber auch, daß Rassing die Aufgaben eines Gewerkschaftsorgans ganz falsch definiert. Nach ihm soll dasselbe immer und immer wieder die elementarsten Begriffe der Notwendigkeit der Organisation bei den Indifferenzen wenden und das kann und darf nach unserer Meinung kein Gewerkschaftsorgan, sondern es hat sich der Durchschnittsbildung seiner Mitglieder anzupassen, soll in sozialpolitischen und agitatorischen Artikeln den agitatorisch tätigen und reisenden Mitgliedern Antegendes bringen, um ihr Wissen zu vervollkommen und ihnen neue Waffen im Kampfe liefern; von Zeit zu Zeit sollen dann auch mal Artikel gebracht werden, die den Wissenden nichts Neues, aber für junge Kollegen und neue Mitglieder die ersten Anregungen bringen, die in ihnen die Überzeugung von der Notwendigkeit der Organisation einspangen; dann sollen organisiatorische Probleme im Nachblatt erörtert und gelöst werden; daneben müssen in kurzen Notizen die Gegner und deren Presse schrift unter die Lupe genommen werden; alle wichtigen Vorgänge aus dem Verbandsleben sind zu berichten; die Väterermittlände müssen immer wieder an das Licht der Öffentlichkeit gezaubert werden; die untere Kollegen interessierenden Fragen des Genossenschaftslebens sind zu erörtern und wichtige Vorgänge aus der allgemeinen Arbeiterbewegung zu berichten. Letzteres ist wegen Mangels an Zeit in unserem Nachblatt zu wenig geeignet, aber sonst erfüllt und erfüllt noch stets dasselbe seine Aufgabe. Könnte etwas mehr Zeit an den Inhalt des Blattes gewandt werden und was die Hauptrede ist, hätte bisher nicht gerade in den bedeutsamen Perioden unseres Kampfes der Redakteur auf der Reihe liegen müssen, dann wäre allerdings manches eingebettet behandelt worden, als es geschehen ist. Aber wir befürchten, daß dieses auch in Zukunft nicht anders werden wird, denn in unseren Stampsperioden, wo die verantwortlichen Personen bei den Stamps sein müssen, sieht es im Verbandsbüro immer so aus, daß eben nur unter Ausblendung aller Kräfte die dringendsten laufenden Geschäfte erledigt werden können.

Will Rassing also im Inhalt der Zeitung ein vollständig neues System einführen, so sind wir prinzipsielle Gegner dieser feiner geüberten Kunst, denn die Aufgaben, welche er dem Nachgehen aufträgt, kann es nicht erfüllen. Was es auf einer Seite gewinnen würde, müßte es auf der anderen Seite wieder verlieren, denn es würde für alle auch nur einigermaßen fortgeschrittenen Mitglieder in seinem Inhalte ob alles Interesse sein, wenn es sich immer nur an die neuen Mitglieder und noch ganz indifferenten Kollegen wenden wollte.

Wenn Rassing sagt, „die Zeitung stellt in der Agitation nicht ihren Mann“, oder: „agitatorischen Wert hat die Zeitung fast gar nicht“, so kann sie das mit Ausnahme von einzelnen Nummern in seinem Sinne auch gar nicht haben. Andere Kollegen werden aber mit uns der Meinung sein — und wir glauben, daß die übergroße Mehrzahl der Mitglieder den Inhalt der Zeitung sehr gern liest, haben bisher weitgehend nichts anderes beobachten können — daß der Inhalt des Blattes im allgemeinen großen agitatorischen Wert hat.

Ein Nacheln überläßt uns, als Rassing den „Mann mit voller Geisteskrise“ verlangt für Redigierung des Blattes. Wir hielten Rat unter uns und kamen zu der Überzeugung, daß wir auch über ein ganz nettes Maß von Geisteskrise zu verfügen glauben, sind sogar der

unmaßgeblichen Meinung, daß unsere Geisteskrise so schnell verweilt, wie dies leider bei manchem rechtungsvollen jüngeren Kollegen zu beobachten war, damit wollen wir uns nicht weiter beschäftigen, wissen doch, daß er mit seinen Ausführungen niemandem zu treten, sondern nur das Beste der Organisation will. Doch auf eins müssen wir noch hinweisen. Rassing hat überzeugung gewonnen, daß im Vorstand mit einer Halt gearbeitet werden muss und darin hat er unzweifelhaft Recht. Das eine aber sei hier gesagt, diese Halt bleibt, wenn anstelle des jetzigen Bürosarbeiters ein angestellter Beamter kommt, im Gegenteil, durch seine geschlagene andere Gruppierung der Arbeit wird die in der Arbeit des Vorstandes schlimmer werden, man nur darauf bedacht ist, dem Redakteur Zeit zu räumen, um seine Übungen zu schaffen zu wollen! Ein Mann reichlich mit Arbeit beladen sind und diese beiden anderen noch mehr belastet werden. Den gewöhnlichen Erfolg würde er durch seine Vorschläge also nicht erreichen.

Mit seinen übrigen Ausführungen können wir einverstanden erklären. Sie zeigen, daß er vorwärts und das Verlangen hat, die Organisation leistungsfähig zu gestalten.

Die Frage der Lohnbewegungen und Streiks wird ebenfalls in einem Artikel erörtert. Untere Absicht, im jetzigen Stadium besonders wichtige Frage in einem Artikel eingehend zu behandeln, müßten wir leider wieder weglassen und Zeitsangels aufzugeben und wird das auf Verbandstag selbst erst nachgeholt werden. Rassing stellt in seinem Artikel auch nur die Frage der Regelung Lehrlingsfrage bei Lohnbewegungen. Es ist der Meinung, daß die Forderung nach Einschränkung der Lehrlingszeit in allen Städten mit Lehrlingszüchterei bei Lohnbewegungen mit gestellt werden muß; ob man sie dann recht erhalten kann, ist eine andere Frage. Besonders dann wird solche Forderung nicht unrecht erhalten werden können, wenn zur Arbeitsniederlegung, zum Streik gerufen werden muss. Ohne zu verkennen, daß in dieser Frage keine Grundlage für alle Fälle festgelegt werden kann, muß doch die Frage einmal prinzipiell entschieden werden und da sind wir der Überzeugung, daß überall Lohnbewegungen mit gefordert werden müßte: Meister mit einem oder bis zu 2 Gesellen dürfen auf alle Fälle nur einen Lehrling halten, und solche Meisters 2 Lehrlinge halten, und solche mehr als 6 Gesellen dürfen nicht mehr 3 Lehrlinge halten.

Wo es zum Abschluß von Tarifen kommt, müßte jede Bestimmung mit in den Tarif aufgenommen werden. Dabei wäre allerdings ein Übergangsstadium festzulegen, bis wann die Meister diesen Bedingungen nachkommen müssen; denn man könnte ja nicht verlängern, daß Meister mit mehr Lehrlingen diese sofort entlassen so wozu er ja auch gar nicht imstande wäre, ohne den loslassen Lehrlingen Schaden zu leisten zu müssen.

Kommt es in einer Stadt dazu, die Forderungen einzelner Meistern einreichen zu müssen nach Hebschlägen der Verhandlungen mit deren Corporationen, dann können diese Forderung nicht mehr in derselben Weise aufrecht erhalten werden, sie müßte wenigstens etwas anderes fordern.

Aber bei Streiks muß auf alle Fälle der Grund hochgehalten werden, daß von solchen Lehrlingen züchteren, die keine Gesellen, sondern Lehrlinge beschäftigen, auf keinen Fall eine Bewilligung entgegenommen werden kann. Nur in ganz vereinzelten und besonders gekagten Fällen kann von diesem Grundatz abweichen werden. — Wir würden anderfalls die Lehrlingszüchter vergrößern helfen, wenn wir von solchen Lehrlingszüchtern Bewilligungen entgegennehmen. — Eine die Art zur Vergrößerung ihres Umfangs und zur Gestaltung von weiteren Lehrlingen Tarif zu legen.

Doch neben der Bekämpfung der übergrößen Lehrlingszüchterei auf solche Art auch der Kampf gegen dieses Verhältnis durch Ausschriften noch energisch weiter zu führen muß, das ist selbstverständlich. Daneben müssen aber unsere Kollegen in den Gesellenausschüssen der Firma mit mehr Energie und mit mehr Geduld als bisher die übermäßige Lehrlingszüchterei auf den Leib rücken. Da sie muss die Initiatore ergriffen werden, daß die Handwerkskammern die übermäßige Lehrlingszüchterei einrichtende Bestimmungen erlassen.

Kollege Kruse-Werburg sieht die vorgeschlagene Beitragserhöhung auf 50 Pf. für notwendig und nötig an, beschrifft aber, daß durch diese in den Kleinstädten, wo nahe geringe Löhne vorhanden sind, die Agitation sehr schwierig wird. Diese Forderung wird durch die Ausschriften widerlegt, daß bei allen unten bisher vorgenommenen Tarifsummungen über Beitrags erhöhungen die Kollegen der Kleinstädte, also die mit den niedrigsten Löhnen meistens geschlossen haben, dafür genügt und während die ablehnenden Stimmen aus den Großstädten kamen und zwar meistens von solchen Kollegen, welche die höchsten Löhne haben.

Diese bei allen Tarifsummungen festgestellte Ausschrift (die besonders drücklich bei der namentlichen Tarifsummung im Herbst 1904 zum Ausdruck kam), wollen die Gründer der Beitragserhöhung so gern vergessen machen, wenn sie beweisen, daß unsere Mitglieder nur geringe Löhne auf die man so gern bei Ablehnung der Beitragserhöhung hinweist, gar nicht gegen eine solche sind.

Die Kollegen, welche sich wegen der Höhe der Beiträge sträuben, der Organisation anzugehören, würden wir auch nicht als Mitglieder bekommen, wenn die Beiträge, anstatt erhöht, auf die Hälfte erniedrigt würden.

Kollege Kruse betont mit Recht, daß nicht die erhöhten Beiträge allein die Organisation vorwärts brächten und die Mitgliederzahl vergrößert haben. Gewiß hat auch die zunehmende Konzentration zu großem und deutlich Teil dazu beigetragen, der Organisation mehr Rückhalt zu gewähren. Ebenso haben energetische, plausiblere Agitation und gütige Lohnbewegungen ein nach-

tiges Maß dazu beigetragen, den Verband vorwärts zu bringen, aber durch was sind beide Voraussetzungen möglich geworden? Nur durch die fortwährend erhöhten Beiträge! Sie machten erst — und eine neue Erhöhung wird das noch mehr ermöglichen — die Organisation leistungsfähig zu solcher Agitation und zu derartigen Lohnbedingungen und Streiks, wie wir sie durchgesetzt haben.

Kollege Kruse beweist es, daß wir in den in der Tabelle Nr. 10 d. B. angeführten 32 größeren Industrie-Städten oder Großstädten so bald die 75 Prozent der Organisationstüchtigen organisieren können. Das ist sehr leicht! Auf Grund der Entwicklung in einer Reihe dieser Städte und Bezirke kann ihm aber leicht nachgewiesen werden, daß dieses bei München schon im einem Jahre, bei Altona in 3-4 Jahren, in derselben Zeit in Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M. und anderen Städten möglich ist. Nur muß etwas gewagt werden, wenn man etwas gewinnen will. Und nach dem Artikel — der von den Gegnern der Anregung so ausgeschlagen wird, als wüßten sie nichts darüber — in diesen Bezirken 32 Ortsbeamte angestellt werden. Während dort ausdrücklich betont wurde: „Soll nur nach der Leistungsfähigkeit des Verbandes, nur wenn die nötigen fähigen Personen dazu vorhanden sind und nur in aussichtsvollen Bezirken vorgegangen werden“ — ist welches bedeutende Wagnis damit gar nicht verknüpft. Mutige und Unternehmungsgeist gehört allerdings dazu, sieber Kruse, aber wo wären wir geblieben, wenn die Leiter der Organisation nichts gewagt und nichts unternommen hätten? Dann würde der Verband in aller Stille dahingesiecht sein!

Daf̄ die Leipziger Kollegen über die Anträge des Verbandsvorstandes und noch mehr über die Anregungen der Kollegen Illmann und Frosting „in Erinnerung gebracht sind“, die Kollege H e y t a g sich ausdrückt, das wundert uns nicht, wissen wir doch aus der Erfahrung, das die Mehrzahl unserer Leipziger Mitglieder der Chancärt nahe sind, bald sie nur etwas von einer Beitrags-Abhebung hören, schon sieht und hört dieses, ohne sich darüber zu vermuten, bei es doch noch keine wichtige Reuerung in der Organisation gegeben, gegen die nicht die Mitgliedschaft Leipzig und einige andere regelmäßige Sturm gelauern kann.

Kollege Kreitag sagt mit Recht, daß die Beitragsver-
bung möglichst mit dazu beitragen soll, die Gewaltene zu
allen, um großen Kampfen gewappnet als bisher ent-
gegensehen zu können. Ihm und mir einmal Streikbeiträge
zu kleineres Nebel als eine Beitragsverhöhung um möglichen-
h 10 S. Wir müssen gestehen, daß wir bisher jeden
euer besondern Streikbeiträge zu vermeiden suchten, aber
trotz die bitteren Erfahrungen bei der Erhebung des
Streikbeitrages im vorigen Sommer haben uns noch mehr
entkämpft, der Frage näher zu treten, wie diese Streikbei-
träge noch mehr zu vermeiden sind. Es ist eine
Gewalt so unergleich, wenn sich, wie ge-
sehen, eine Reihe Mitglieder mit den
seinen Löhnern um die Bezahlung der
Streikbeiträge drücken wollen und erfü-
llt energische Maßnahmen zur Pflicht-
erfüllung zu bewegen sind. Das Verhalten
solcher Mitglieder ist um so erbärmlicher,
als es in der größten Kampfperiode der
Organisationlich zeigte! Das sind keine ver-
standenen Tathen, die zum Erheben von Streikbeiträgen
sonders reizza fanden.

Collage freigang führt die Entwicklung der Agitationss-
körper ins Feld und kommt mit Ausstellung der Gau-
karte hätte sehr Platz gehalten werden müssen. Er ver-
steht es gut, die Wehrkreisabteilungen der Legionen zu haben und die
Agitationssabteilung der Mitgliederzahl als Folge davon auch zu
gewährleisten. Und letzteres ist doch jedenfalls das, was wir
wichtig erreichn wollen. Stärkung und Begeisterung des
Überzeugtes, besitzt wir den Vorauswurf der Legionen,
Überzeugung der Leib- und Arbeitshilfsangehörigen, einstige
r Formen. Das Laienmissionar Leben und die Leibesger-
üllungen fortsetzen bis auf die Enden. Nur kann
zufrieden bei einer von den Mitgliedern vorhanden ist
in der Selbstlosigkeit. Wie man dort die Täuschungen der
Lehrjahrungszeitig der evangelisch und ungetrennt ge-
geblichen und sich weiter vom Geistlichen überzeugen
möchte, so werden bei jeder Begeisterung aus dem dort aus-
übenden es die Hand gewollt. Deshalb soll es eben nicht
gleich sein, in abstraktem Sinn in den Grundgedanken des
in der Collage zu übernehmen. Niemals soll das
möglich sein, beständig Stolze Armeen ohne Missionare.
Das wird aber nicht hindern, dass schon nach einem
kurzen Jahre dieses Friedens am nächsten

Der erste hiesche Vortræder bei College Durham die
Festigung des Rechts als „Herrenreicht“. als erster von
denen viele Wiederholungen haben begegnet, sind jedoch
ebenso; bei dem betreffenden ist einiges Fehlge auf
der Erstausgabe noch möglich da nach jüngster ergit

Selbst § 20 soll nicht mehr mit der Geschäftsführung
Gesellschaften übereinstimmen und einschneidende Änderungen
sollten den Sachverhalt an einer Stelle haben bei Übereins-
timmungswegen nicht einzufordern. Es ist der Sachver-
halt gleich, ob Geschäftsführungsumme zu einem
oder nur das Vermögensdelekt zu einer. Das darf keine
so sehr unterscheiden, daß der Rechtsschutz bei dem Vermögensdelekt
einfach fehlt, und eben so in einem Einzelfall, daß
die längere Geschäftsführung nicht dasselbe nicht doppelt in
der Form als Vermögensdelekt erfasst werden. Die bestim-
mte Rechtsprechung hat in Zukunft die Möglichkeit, diese
in Zukunft geschichteten eindeutig als Geschäftsführung
betrachten zu können. Sodann kann für die allgemeingültigen Rech-
tsänderungen in Zukunft noch keine dies bestimmt seien Kon-
krete Rechtsanwendung erfordern. Es kommt also in der
Vorstudie der neuen Gesetzesvorlage eingeschränkten Rechtsänderungen
sowohl die Verhältnisse nicht von der bisherigen
als auch die Verhältnisse bei tatsächlichen Übereinstimmungen
zu unterscheiden, um diese bei jedem einzelnen
Falle möglichst zu einer Lösung. Wenn hat also eine
Rechtsänderung einen solchen auf die Verhältnisse in den

Value is it true is. Mr. Gresham is the man
Adams has found to represent him
now. The man is good enough now Mr. Gresham
in this house does have command. This is when
he comes. But when he comes in his place there will be
nothing to do but to take right performance from
him. He will be a good man. I hope you will see
that he is.

fast allen Fällen an Mitgliederzahl so stark ist, wie alle übrigen Wahlstellen des Gaues zusammengenommen, daß durch schwer geschädigt werden und damit würde auch der ganze Gau und schließlich auch der Gesamtverband geschädigt. Man soll auch hierin nicht immer nach einer Schablone vorgehen wollen.

Der Uebelstand, welchen S. P. bei der Neise-Unterstützungs-Auszahlung in einer sächsischen Stadt ruht, muss beseitigt werden. Die Verwaltungen der Mitgliedschaften müssen darauf bedacht sein, Vorkehrungen zu treffen, dass der ankommende reisende Unterstützungs-Empfänger möglichst schnell abgesetzt wird und nicht erst stundenlang in der Stadt umherwandern muss, ehe er die Unterstützung bekommt.

Kollege Bauer will die Beiträge auf 50 % erhöhen, dabei die Krankenunterstützung in der bisherigen Weise befreien, und die Arbeitslosenunterstützung sogar nach 52 Wochen Mitgliedschaft von 1,- auf 60,- herabsetzen. Durch dies will er mehr Mittel für die Lohnbewegungen schaffen. Mensch, du gefällst mir", möchte man da ausrufen! Die Enträge wären jetzt zu begrüßen, wenn nicht damit zu rechnen wäre, daß sie leider verdammt wenig Aussicht auf Annahme haben. Aber wir glauben, daß es mit dieser Ansicht nicht ganz vereinzelt dassteht, sondern mancher tüchtige Kämpfer demselben Grundsachebildung: Die Mittel zu beschaffen für weitere energische und hoffentlich auch siegreiche Lohnkämpfe!

Nach allen den Ausführungen haben wir die Ueberzeugung gewonnen, daß die Delegierten in der großen Mehrzahl mit dem festen Willen zum Verbandstage kommen werden, Mittel und Wege zu schaffen, den Verband weiter rüstig vorwärts zu bringen und ihn in den Stand zu setzen, fernerhin mit noch größeren Erfolgen den Kampf zur Verbesserung unserer Lage mit größter Energie zu führen!

Zum Verbandsstage

Die verschiedenen Artikel in Nr. 10, die auch auf meinen ersten Artikel in fröhiger Weise Bezug nahmen, veranlassen mich, noch einige Worte hierzu zu verlieren. Die meisten haben ja einer Beitragsethik ihre Zustimmung gegeben. Nur mit der Verwendung der daraus erzielten Maßnahmen waren sie nicht einverstanden, weil des Bedürfnis einer Krankenunterstützung lange nicht so groß sei, wie ein Ausbau der Arbeitslosenunterstützung. Das ist sehr erfreulich, umso mehr, als auch ein Vorausleiter, denen man ja damit zu ihrem „Rechte“ vertheilen will, sich selbst dagegen entsiert hat. Dies hat mich nun vollends zum Gegner der dahinsielegenden Anträge gemacht und ich werde den Delegierten einen anderen Vorschlag unterbreiten und zwar an der Basis, daß die Unterstützungsdauer sowie die Ratenzeit für beide Arten gleich sind, aber die Höhe der Unterstützung $\frac{1}{2}$ für Krankenunterstützung und $\frac{2}{3}$ für die Arbeitslosenunterstützung festzusetzen. Letztere wäre also nochmal so hoch wie die erstmals. Man nenne es „ausgleichende Gerechtigkeit“. Ich aber nenne es eine große Ungerechtigkeit für mindestens neun Zehntel der Mitglieder. Dieses „ausgleichende Gerechtigkeit“ nennen heißt die Füllniß der jüdischen Betätigung des gewerkschaftlich organisierten Arbeiters verdängeln. Wenn dann so befürchtet, daß die im ausserstader Stellung sich befindlichen Mitglieder mir ja keinen Sinn für ihre bewußte der Arbeitslosigkeit gefährdenden Kollegen opfern? Ja, ich frage auch noch, wer ist der würdigste Kollege? Sene, von denen nicht wenige war um der Zahlung halber dem Verbände angehöret, wie uns die Magdeburger Gedächtnis vor einigen Jahren bewies und die mir jene Kollegen eine deutscher Schande ist, oder die Mitglieder, welche nur bei den Kleinmeistern herumziehen müssen und jeder Gewürt der Wehrwehrung zum Tross für ihre Organisation kämpfen? Der Hauptvorstand scheint bei dieser Rechtersa des Interesse der Rasse im Auge gehabt zu haben; er hat aber dabei die Frage deragitatorischen Klassen ganz übersehen.

Collegie Straße kennt den Städtebestand höchstlich klein. Freilich dogegen kann ihm gewiß, was nicht sehr bei diesen auch zu Wiedergabe in der Besprechung des Kapitels hinzutreten, geschehen. Das war aber auch bei einem solches Wiederholungsversuch nicht zu vermeiden. Demnach muß die zweite weitere Stärkung der Straße einer Regel sein. Eine gesetzliche Rasse ist die beste Garantie für regelmäßige Rechte, das hat uns am beständigen der ersten gezeigt die Welt überwundene Bergbauteuerheit berücksichtigt. Sie werden zwei Villenreihen zerstören, während der Raabé oder nicht einen geschadet werden kann, wenn das Kapital zur Verfügung gestellt wird, um die Remodelungen mit für den Konsort zu veranlassen. Ein solches Spieldienst können die Nutzern ihrer selbst erzeugt. Der Bauherrenkonsort müßte nicht die Eigentümlichkeit, wie des Städtebestandes der Arbeiter, davon erkennt, daß der Arbeiter sich hierwohl nicht ohne kann. Aber er findet das Kapital des den Gewerbeleuten zur Seite steht. Das haben nun esch einmal die Bergbauteuer beurtheilt und wollen den Beitrag von 30 auf 40 absetzen aus 50, soviel mehr noch auf der letzten Generalversammlung.

Gelöste Zeitung weist ein anderes Rüttel, die Quelle zu
stören. Er hätte natürlich genau die 14 000 M. welche die
Gemeinde nicht aufzubringen, in der Quelle behalten. Er freut
aber ehrlich es sie ohne bliche Genehmigung überhaupt
einzusehen gewesen seien. Von den über 50 000 M. Wehr-
männer haben aber mindestens 40 000 M. durch deren
Erfüllung erledigt. Diese Zeitung berichtet an Gründen der
14 000 M. verzögert werden? Aber glaubt er, dass die Ur-
sprünge der Gemeinde überliefert seien? Die Secretarität des
Konsistoriums Wiesbaden, welche durch die Inspektion des
Generaldirektors höchst autorisiert ist, zu bedenken oder eine
Rückfrage mit Unterstützung einerseits erfordert zu werden. Nur einen
Gesetz trug ich hier als Beweis dessen einzuführen, dass letztere
der Konsistorialrat Wiesbaden habe, weil sie eben viel zu wichtige
Sachen sind. Die Unterbringung wurde seit 1913 eingeschränkt.
Aber so ist lieber der bestehende Gesetz das Material für
die Rechtsprechung (in 100 oberrheinisch) an die Hand zu legen
1900, 1901, 1902, 1903, 1904, 1905, 1906 und 1907 im 4.
Band 194. Zum ersten Jahr dieses Exports, in dem
die nach oben beschriebene Gesetzes verhindern können die
Grenzen der von mir und mich auch nur im Namen Frei-
heit und Frieden für die Welt durch die Generaldirek-
tor und seine Zeit sei im Fall durch die Generaldirek-
tor und seine Zeit ausgewählten Gemeindes einzige Formeln mit
verordnet. Am zweiten Februar 1912 bericht der Gesetz und
durch 1913 Wiesbaden.

Unterstützungseinrichtungen in dem betreffenden Gau keinerlei agitatorische Wirkung ausübt. So wird es auch in allen anderen Gauen bestellt sein.

Ich bin auch nicht für die Unterstützungsseinrichtungen und deren weiteren Ausbau, um damit eine Agitation entfalten zu können, sondern weil ich es als eine Ausgabe der Gewerkschaften betrachte, ihre Mitglieder gegen die Besatzung der Arbeitslosigkeit zu schüren und um dadurch den schädigenden Einfluss des Arbeitslosenelends auf den Stand der Lohn- und Arbeitsverhältnisse abzuschwächen, sowie die Mitglieder an die Organisation fester anzuschmieden. In letzterem sind die jetzigen Unterstützungsstätte aber noch zu gering, deshalb könnten sie die große Phasenlage auch nicht beseitigen.

Kollege Kruse will sich die Tätigkeit der Gauleiter auch garnicht anders gedacht haben, als daß sie von einem Ort zum andern ziehen und Meinungsbefreiung betreiben. Das ist doch eine sonderbare Auschauung, die er sich sicherlich nicht überlegt hat. Wie soll das z. B. noch möglich sein, wenn in einem Gau 20 und mehr Mitgliedschaften mit 4000 bis 5000 Mitgliedern vorhanden sind? Rekt am Anfang könnten wir das, aber diese Art Agitation hat auch schon ihre Schattenseiten gezeigt. Doch darüber auf dem Verbandsstage mehr.

V. Mr. und andere Kollegen sind gegen die Einführung der Klassenbeiträge, weil wir von jeher das Klassensystem bekämpft haben. Sie sehen dann bessere und geringere Mitglieder daraus entstehen, was absolut nicht zu befürchten ist. Weil also die Kollegen in Kleinstädten infolge ihrer niedrigeren Löhne den höheren Beitrag nicht bezahlen können, will er auch den anderen die dadurch zu erzielenden höheren Unterstützungen nicht gönnen. Ich halte eine zweite Klasse für notwendig, weil das Bedürfnis nach Unterstützungen sehr verschieden ist. Während man in kleineren Städten Arbeitslosigkeit oft garnicht kennt, sondern von einer Stelle in die andere geht, müssen die Kollegen in den Großstädten oft monatelang auf Arbeit warten und für diese ist eine höhere und längere Unterstützung sicher notwendig. Wollte man nun den Kleinstädtern denselben Beitrag abverlangen, so müßten sie für die Kollegen in den Großstädten mitbezahlen und das wäre in Abbrücksicht ihrer niedrigen Löhne eine große Ungerechtigkeit.

Nun will ich mich ja nicht auf 1 M^t Beitrag für die höhere Klasse versteifen, sondern ich habe gedacht, nur nicht zu wenig fordern, denn es wird doch heruntergehandelt. Über eine Klasse mit 75 g halte ich mindestens für nötig. Ich bin von den hohen Beiträgen und dementsprechenden Leistungen als für die Gewerkschaften fördernd, so überzeugt, daß ich mich heute garnicht besinnen würde, eine Organisation mit 1 M^t Beitrag pro Woche zu gründen, wenn sie noch nich^t existieren würde. Dem Kollegen Freitag muß wohl ein großer Schreck in die Glieder gefahren sein und in diesem Schreck hat er ganz übersehen, daß das mir eine freiwillige Klasse sein sollte und da braucht niemand so zu schreien, daß ich es in Düsseldorf hören kann. Er kann es mir glauben, ich habe nichts gehört. Wohl aber haben mit viele Kollegen ihre Sympathie für meine Vorschläge fund gegeben. Die Cölner Mitglieder, die nach einem Vortrage von mir sich einstimmt für Erhöhung der Beiträge und Erweiterung der Unterstützungen aussprachen, haben ja auch die Bildung einer zweiten Klasse beantragt, während Blauen gar drei Klassen beantragt. Ich wünsche sehrlichst, daß der Verbandstag den Cölner Antrag annehmen möge. Es wird sich dann auch so richtig zeigen, wie hoch das Unterstützungsbedürfnis bei den Kollegen ist.

An Anträgen haben es die Mitgliedschaften trotz der letzten Zeit nicht fehlen lassen. Leider aber geben uns einige einen traurigen Beweis davon, wie wenig die Kollegen das Große und Ganze des Verbundes im Auge haben. Traurig ist dies umso mehr, als sie von Mitgliedern geschont wurden, und also die Mehrheit der Kollegen finden können. Das gab auch wohl dem „Schmuserl“ Veranlassung, in seiner Art auch einige Anträge zu stellen, um damit die allerunsinngisten in die Lächerlichkeit zu ziehen. Mit ist dies aber in Abetracht der großen Rücksichtslosigkeit vieler Mitglieder, wie sie uns diese Anträge zeigen, viel zu ernst als daß ich darüber spotten könnte. Sie zu belehren in Wort und Schrift, das muß unsere Hauptaufgabe sein.

Man hat dann auch daran gezwiegt, daß es möglich sei, 75 Prozent der Kollegen in den größeren Städten und Industriebezirken zu organisieren. So nach der Schablone wird Allmann das auch nicht gemeint haben. Für mich steht jetzt, doch sie mit der Zeit so hoch und darüber zu organisieren sind, aber mit Unterschied. München dürfte z. B. schon jetzt nahe an die 75 Prozent heran sein. In anderen Städten dagegen dürfte es länger dauern und in vielen Städten, wie esch in den kleineren dürfte es erst dann möglich sein, wenn sich der Verkäufer in seinem Betrieb auch jenen Beziehungen angepaßt hat und in dieser Beziehung müssen wir noch sehr, sehr viel lernen. Dann könnte die Tabelle von Allmann auch gar keinen Nutzen auf Gewinnlichkeit machen. So wurden die Städte E i e n , B o c h u r , D o r t m u n d mit rund 800 Gesellen angegeben. In Wirklichkeit muß man aber das ganze Kreisgebiet mit den sechs Großstädten und hunderten von Ortschaften zu einem Bezirk zusammenfassen und darin arbeiten nicht 800, sondern circa 4000 Gesellen. Nach Berlin, ist dies also der größte Bezirk und Bauer hat recht, ein angestellter Lokalbeamter ist wohl nirgends unentbehrlicher als dort. Da vielen Ortschaften, das völlige Fehlen jedes Zusammenverkehrens der Arbeitenden wie auch der Arbeitslohen, sorgt die lange Arbeitszeit und die verschiedene Arbeitszeit machen es unmöglich, daß in Arbeit stehende Mitglieder eine größere Zahl Mitglieder erhalten können. Die Verhältnisse in diesem Markt stehen überhaupt in allen Teilen einzig da in ganz Deutschland, und die Kollegen sind vollständig reif für die Organisation. Auch technisch ist unser Betrieb dort am weitesten vorgeschritten. Viele Fabriken, große und kleine. So erfuhr ich jetzt, daß in einem Ort mit circa 10 000 Einwohnern allein 42 Gewerkeintragungen stehen! Also alles sehr fruchtbar!

Durch die Anstellung eines tüchtigen Polizeibeamten kann dort in nicht allzu ferner Zeit 800 bis 1000 Mitglieder gewonnen werden, so daß sich alsdann schon bald die Anstellung eines zweiten Beamten notwendig machen wird. Gleich geht nur: Entweder wir verzichten auf einen so wichtigen Industriebesitz, oder wir bringen das Objekt, einen Raum dort einzustellen. Die Unfalten werden in kurzer Zeit sehrviel herangebracht. Dieser Besitz ist überhaupt so bedürfnisreinigt in einem Leben, daß ich ihn demnächst in einem besessenen Artikel idyllisch werde. Ich hätte mich schon längst einmal auf längere Zeit dorthin gemacht, aber ich muß, wenn ich dort eine Wohnung, dann bin ich nicht mehr konzenter, sondern Wegebeamter für das Hürdengebiet. Dazu kann ich dort nicht mehr fort, aber es geht alles trotzdem

besser. Die von Altmann als erreichbar bezeichnete Zahl Mitglieder ist in einigen Jahren uns sicher. Was die bezeichneten großen Städte und Industriebezirke daran fehlen lassen, erscheinen die kleineren Städte, die unzweifelhaft dann auch bessere Fortschritte machen können. Jetzt liegen ihnen aber die selber noch zurückliegenden Großstädte hindernd im Wege. Auf diesem Gebiet muß der Verbandstag die Vahn frei machen, denn hieron hängt die Entwicklung des Verbands in den nächsten Jahren ab. Seid doch nicht so kleinlich und engherzig! Erkennet das ganz natürliche Wesen der Gewerkschaftsbewegung! — Für mich liegt das so klar, wie nur irgend etwas. Also vorwärts, immer vorwärts aus der Vahn, die wir seit einigen Jahren mit so großem Erfolge beschritten haben.

Carl Rassing.

Beamte und Delegiertenwahl.

Nicht weniger als sieben Anträge liegen zum Verbandstag vor, in welchen verlangt wird, "Beamte dürfen nicht als Delegierte gewählt werden." Im § 37 unseres auf dem Dresdener Verbandstage revidierten Statuts ist ganz deutlich ausgesprochen, daß "Beamte" des Verbandsvorstandes, sowie der Vorsitzende des Ausschusses von dem Stimmrecht ausgeschlossen sind, auch können dieselben nicht als Delegierte gewählt werden. Diese scheiden nunmehr vorweg von den sieben gestellten Anträgen aus. Es bleiben lediglich die sogenannten "Gaugrafen" und die "Herrn Lokalbeamten" übrig, denen nun ebenfalls durch die gestellten Anträge das Stimmrecht genommen werden soll. Sie sollen mit einem Wort gesagt, zu Mitgliedern zweiter Klasse degradiert werden. Weil sie bei allen Agitationen arbeiten, bei Schlichtung von Differenzen, bei Leitung von Lohnbewegungen kein müssen, dürfen sie in Zukunft, nach Ansicht der Antragsteller, nicht als stimmberechtigtes Mitglied auf dem Verbandstag. Vor und nach demselben muß der Gaugraf mit einer Egalität, die nirgends Anstoß erregt darf, die Beschlüsse zur Durchführung bringen. Ach, wie tollig sieht dann der stimmberechtigte Delegierte und lädt den Gaugrafen die Hausmeistereien vertreten! Da kann man gewiß nicht mehr von der vielgerührten Demokratie, welche in den freien Gewerkschaften steht, viel Aushebens machen.

Warum sollen nun die "Beamten" nicht als Delegierte zum Verbandstag gewählt werden können? Nur schade, daß die Beweggründe zu den Anträgen nicht veröffentlicht werden. Ein Sammelurteil von sieben Arten würde sich sicher ergeben, welche wiederum aus das eine hinauslaufen, daß der Beamte 1. die Fühlung mit der Masse verloren hat; er kann sich nicht mehr in die Beziehungen eines Gehörs hineindenken und sei nicht mehr in der Lage, über diese objektiv urteilen zu können. 2. wird eine weitere Ursache die sein, daß der Beamte mehr oder minder auf Seite seines Arbeitgebers, in diesem Falle des Hauptvorstandes, steht, weil er von ihm die "schöne Beamtenstelle" erhält. Er wird sich wohl daher hüten, ihm eins am Neug zu sticken; er könnte doch seiner ehrlichen Stelle wieder verlustig gehen. Und auf dem Herzen haben etwas sehr viele der Mitglieder gegen die Beamten des Hauptvorstandes, der Gauleiter und Lokalbeamten. Da ist es doch besser, denten sich viele, wenn wir selbst als Delegierte kommen, weil unsere Schmerzen der Gauleiter doch nicht lindern kann.

Wie steht es aber in Wirklichkeit mit den Beamten in unserer Organisation. Sie sind doch nur aus den Mitgliedern hervorgegangen, haben sich erst nach langjähriger Fleißiger Mitarbeit und Studium in der Organisation dazu ausbilden müssen, um allen Ansprüchen eines Beamten gewachsen zu sein. Nicht Protektionskind waren es, die auf die Posten gestellt wurden, sondern den Beweis mußten sie erbringen, daß sie für solchen Posten geeignet sind. Keineswegs kann aber davon die Rede sein, daß dann der Angestellte die Arbeiterbewegung nur mehr durch die theoretische Prille betrachten und alle praktischen Arbeiten in den Agitations- und Organisationsarbeiten bei Seite schließen würde. Zum Gegenteil, er muß über alle Fragen, die an ihn gestellt werden, Auskunft geben können, muß neue Anregungen und Vorschläge bezüglich der Kleinarbeit machen; mit einem Wort, von ihm wird Alles verlangt. Wenn er dieses nicht fertig bringt, dann ist er ein Lumpen und die Mitglieder würden mit Recht von ihm die Niederlegung des Beamtenpostens erzwingen. Die Abhängigkeit der Gaubeamten bei dem jüngsten Wahlmodus, vom Hauptvorstand, wenn solches noch als Grund gegen die Wahl der Beamten als Delegierte zum Verbandstag in Betracht kommt, wird wohl nicht als ernstes Motiv von den Antragstellern zur Begründung herbeigezogen werden können. Die Beamten des Hauptvorstandes sind ja auch nur auf zwei Jahre als solche gewählt und haben sich auf den Verbandstagen einer Neuwahl zu unterziehen. Und obendrein sind die Befoldeten im Hauptvorstande noch lange nicht die Mehrheit. Also nur keine Befürchtung, daß durch das Beamtenwahl eine Korruption schlimmster Art entstehen könnte; nein, bis jetzt und noch auf lange Zeit haben es die Nichtbeamten immer noch in Händen, solchen Verkommenheiten vorbeugen zu können! Warum sollten denn die Beamten, wenn die fälschlich erzeugte Lust zwischen diesen und der Allgemeinheit nicht besteht, dennoch als minderwertige Mitglieder behandelt werden und ohne Stimme recht auf dem Verbandstage zugelassen werden? Ich war erstaunt, daß unter den Antragstellern auch der sachliche Gauleiter stand! Sollte das der Beweisgrund sein, weil der dortige Gauleiter als Delegierter kandidierte?

Richtig ist, daß der § 37 unseres Statuts bezüglich der Anwesenheit der Gauleiter auf dem Verbandstage lächerhaft ist, weil bisher nichts festgelegt ist, ob der als Delegierte nichtgewählte Gauleiter auch dem Verbandstage beitreten muß. Und die Anwesenheit derselben ist durchaus notwendig. Ohne ist somit die Möglichkeit gegeben, die gefassten Beschlüsse nicht erst aus dem viele Wochen später erledigten Verhandlungsprotokoll, das bisher am Ausführlichen keinen Anspruch erheben konnte, weil es nur eine kurzgeführte Skizze über das auf der Generalversammlung Gesprochene war, herauszuziehen, sondern weil sie den Gang der Verhandlung verfolgt haben, sogleich in ihren Sitzstellen des Gaues für die Durchführung der Beschlüsse einzutreten können. Der von Berlin gestellte Prozess zu § 37, wonach Gauleiter, sofern sie nicht als Delegierte gewählt werden sollten, müßten auf dem Verbandstage antretend sein und haben dort Sitz und Stimme, ist aus den oben angeführten Gründen nur zu unterschützen und im Statut festzulegen. Wohl werden die Beamten eingesetzt ausdrücken, daß würde einen neuen Verbandstag geben, wenn die Gaugräfe auch als Nichtdelegierte stimmberechtigt wären! Bei näherer Betrachtung wird aber nur ein Akt der Gerechtigkeit erfüllt, wenn denselben das Stimmrecht nicht votieren halten wird, welche bei den Mitgliedern die Beschlüsse ver-

treten müssen. Es werden wohl Wenige sein, die denken, die Beamten lassen sich beeinflussen, um nur das durchzusetzen, was in der Vorlage vom Hauptvorstande ausgeht. Auch die Angestellten haben das allergrößte Interesse an der Fortwärtsentwicklung unserer Organisation und werden sich hüten, Anträgen ihre Zustimmung zu geben, welche sich in der Prozess als nicht durchführbar und schädlich erweisen.

Nochmal: Ablehnung sämtlicher Anträge, welche darauf hinzielen, den Beamten das Stimmrecht auf dem Verbandstag zu rauben, demgegenüber Annahme des Antrages der Mitgliedschaft Berlin.

A. V.

Die verheiraten und in Konsumbäckereien beschäftigten Kollegen.

Einmal arbeitete ich mit einem Hamburger Kollegen zusammen und der gebrauchte im Laufe der Unterhaltung die Worte: "Die Verheirateten, die Lumpen, halten die ganze Bewegung auf!" An diese Worte: "Die Verheirateten, die Lumpen", erinnerte ich mich lebhaft, als ich Rassings Artikel: "Unser Verbandstag", in der Vorlage der Nr. 8 unserer Zeitung las.

Kollege Rassing schreibt: "Schon bei der Beratung der Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde von mehreren Seiten bitter geltant, daß von dem geschaffenen Werk ein Teil der Mitglieder gar keine Vorteile habe, sondern nur zum Bezahlten da sein sollte und das waren jene, die sich in festen und sicheren Stellungen wähnen, die also nicht arbeitslos würden. Der schönste Palast der frei organisierten Arbeiterschaft, auf den wir oftmais nicht wenig stolz sind, nämlich die Solidarität, geriet dabei bedenklich ins Wanken. Es zeigte sich dort auch, daß Eigennutz und Selbstsucht die bedeutendste Triebsfeder der Organisationszugehörigkeit vieler Mitglieder sind. Ruhigen Blues können sie ihre Massengenossen, mit denen sie angeblich den Bund der Solidarität geschlossen haben, dem Hungertode versallen sehen."

Ja, die Verheirateten, die Lumpen! Eigennützig und selbstsüchtig, hat des Solidaritätsgefühls unmöglich, daß sie ruhigen Blues ihre Massengenossen, ihre Kollegen, dem Hungertode verschallen sehen können! Gott sei Dank haben auch die Unmenige Anträge auf Unterstützung bei Umzügen usw. derselben Sorte Mitglieder gar keine Aussicht auf Erfüllung und alle Mitglieder und Mitgliedschaften kann man nur von dergleichen abraten.

Während Kollege Rassing einen Teil seiner älteren, meist verheirateten Kollegen im Anfang seines Artikels dermaßen beleidigt, daß er ihnen nur Selbstsucht und Eigennutz vorwirkt und ihnen jegliches Solidaritätsgefühl abspricht, spricht er ein paar Sätze weiter von verheirateten Gewerkschaftern anderer Berufe: "Dann haben wir auch mit bedeutend anderen Verhältnissen zu rechnen, wie andere Gewerkschaften, deren Mitglieder zum viel größeren Teile als bei uns ältere und verheiratete Leute sind. Diese sind allerdings nicht so leicht zu gewinnen, denn sie hat der Ernst des Lebens schon viel härter gedrückt und sie überlegen erst mehr und länger, als der jüngere, bei uns mehr in Betracht kommende Arbeiter. Wenn aber diese älteren Arbeiter erst etwas begriffen und als für notwendig und vorteilhaft erkannt haben, dann halten sie auch viel leichter als der jüngere Arbeiter." Also! Der vom Ernst des Lebens schon viel härter gedrückte Metallarbeiter z. B. überlegt sich erst lange und gebührend, dann hört er aber auch eisern fest, was er als notwendig und vorteilhaft erkannt hat, aber der verheiratete Bauer stampft ab, wird faul und egoistisch, und verliert sein Solidaritätsgefühl! Das bringt wohl unser Beruf so mit sich?

Koll. Rassing sieht in unserem Verbande eine Kampforganisation, keinen Krankenverein und hat, wie oben angeführt, mächtig gewettert gegen die Krankenunterstützung, trotzdem erklärt er sich einverstanden mit der Regelung des Krankenunterstützungswesens im Sinne der vom Hauptvorstand u. a. beantragten Fassung und empfiehlt Sache, daß man steuern muß! Lüneburg beantragt für frische Mitglieder:

Rach 1jähriger Mitgliedschaft für 42 Tage à M	-75
" 2 "	" 70 " à " -75
" 3 "	" 60 " à " 1.-
" 4 "	" 60 " à " 1.25
" 5 "	" 60 " à " 1.50

Der Hauptvorstand:

Rach 1jähriger Mitgliedschaft auf 42 Tage à M	1.-
" 3 "	" 42 " à " 1.20
" 5 "	" 42 " à " 1.50

und Kollege Rassing:

Rach 13 Wochen auf 30 Tage à M	1.50
" 52 " " 60 " à " 1.50	
" 156 " " 90 " à " 1.50	
" 200 " " 120 " à " 1.50	

Und diese Unterstützungsgröße will Kollege Rassing auch den 50 S. Kollegen zugestehen! Denen 2. Klasse! Die Elite der Organisation soll sich nämlich zu einer 1. Klasse empor schwingen mit 1 M. Monatsbeitrag und ganz erheblich höheren Lautentnahmen bei Arbeitsfähigkeit, zu dem Zwecke, um nicht jede Bruchbude annehmen zu müssen! Die Folgen dieses Schreites würden jedenfalls ganz andere sein, als sie sich Kollege Rassing denkt.

Rassings Ausführungen über die Presse kann ich ebenso wenig unterrichten. Ich danke für eine Zeitung, die sich dem Niveau anpassen muß, auf dem sich ein eben neu gewonnenes Mitglied befindet. Diese Kollegen sollen erst durch den Verhandlungsbefehl herangebildet werden, daß sie die Zeitung mit Verständnis lesen können; traurig wäre es, wenn der Inhalt der Zeitung so herabgedrückt würde, daß es sich nur auf dem Bildungsniveau dieser Mitglieder bewegte.

Ganz entgegengesetzter Meinung bin ich auch wie Rassing, daß in unseren Mitgliedschaften jeder federfrei und jeder Gang bezahlt werden soll. Alle freiwillige Tätigkeit, aller Dienst und alle Spende erträgt alle Arbeit wird dann nur denen zugestanden, die sich bezahlen lassen und die dazu auch nur Unbedarf dorst. Gewiss sollen bezahlte Posten geschaffen werden, wo es angeht. Rassies eine Entschädigung erfordert usw., aber jeder Gau und jeder Federfreiheit bezahlt werden, das bedeutete eine schwere Schädigung unseres Verbandes!

Sehr recht hat Kollege Rassing dagegen mit seinen Ausführungen über die bisherige Handhabung der letzten Verhandlungen über die Unterstützungen usw. Unbedingt muß jeder jedes Kalenderjahr 42 Tage unterstützungsberechtigt sein.

Die altertümliche Ansicht von der Kampforganisation bei auch der Bauer Joseph in München. Er meint, die

Konsumbäcker sollen froh sein, daß sie nicht arbeitslos werden und ihren Beitrag bezahlen, ohne an Unterschriften zu denken. Er weiß auch nicht ganz genau, ob sie überhaupt überzeugte Genossen und Gewerkschafter sind oder nicht. Von Nürnberg kommt der Antrag: "Der Verbandstag möge beschließen, daß diejenigen Mitglieder, welche in Konsumvereinen arbeiten und ohne genügende Entschädigung den Versammlungen fern bleiben, mit einer Strafe von mindestens 50 S. zu belegen sind!"

Alle wird in erster Hinsicht von den Konsumbäckern verlangt! In der Agitation im Verbande die ersten, in der Parteibewegung an der Spitze! Auf Sammelstift stehen die Konsumbäcker oben; eine Schande für sie ist es, wenn sie nicht das Parteiblatt halten und dem Wahlverein angehören; bei Blattblätterverteilung, Stimmentabelle verfehlten heißt es, Konsumbäcker hier, die werden nicht gemäßregelt usw. Das ist natürlich ganz in der Ordnung und eine Unmenge Arbeit wird auch von ihnen geleistet; aber räudige Schafe sind in jeder Herde und so auch unter den Konsumbäckern; aber wenn auch die Arbeit der Tüchtigen unter ihnen nicht anerkannt wird, den Faulen und Lässigen wird die Hölle genug heim gemacht. Unmöglich ist das Gerede über die festen und sicheren Stellungen; wir stehen mit einem Fuß ebenso gut draußen, wie jeder andere Arbeitkollege. Bedenfalls hat uns der Ernst des Lebens ebenso hart gebrüdet (und drückt uns noch!) wie jeden anderen älteren Gewerkschafter und eben dieses Drudes wegen duckt man sich, so sehr man kann.

Die häusliche Männer hat natürlich mit dem Verbande nichts zu tun, aber man ist nicht nur Organisator, man ist auch Mensch, und gerade deswegen organisiert man sich. Ein gesunder Egoismus ist stets am Platze, aber verkehrt ist es, Vorteile, die man sich gönn, anderen zu missgönnen. Und diese schändliche Selbstsucht ist nicht auf Seiten der Konsumbäcker, der Verheirateten usw., sondern auf Seiten der anderen; der jungen und lebigen, bei den Meistern arbeitenden Kollegen! Ihr jungen Kollegen seid organisiert gegen Arbeitslosigkeit im Verbande, gegen Krankheit durch die Krankenfälle, mehr braucht Ihr nicht. Aber auch Ihr entgeht Eurem Schicksal nicht; ein eigenes Heim, ein schönes Weib werdet Ihr erringen, liebe Kinderchen werden Euch umspielen, der ganze Zauber der Häuslichkeit wird Euch umspinnen und dann seid Ihr nicht genügend organisiert!

Man schlingt das Band, sie werden Weib und Mann.

Nun geht der Kampf mit Not und Sorgen an. Denkt daran, daß auch an Euch die Reihe kommt und schwächt nicht jene, die unsre Organisation — einst auch für Euch — nach der Richtung hin ausbauen wollen.

Kollege Freitag meint, die erhöhte Krankenunterstützung macht die zweite Krankenklasse noch nicht entbehrlich, allerding kommt uns die Unterstützung (nach dem Antrage des Hauptvorstandes) nur 6 Wochen zu gute. Aber lässen wir uns nicht die Zeit der Hülfekassen und Rentenkrankensachen ist vorbei, ihr gänzliches Verschwinden ist nur noch eine Frage der Zeit. Die Ortskrankenkassen werden in Zukunft das Feld behaupten. Die können wir der viel größeren Leistungsfähigkeit (freien Arzt und Apotheke für Familienangehörige usw.) wegen nicht entbehren, wenn wir das Geld, was uns die zweite Kasse kostet, dem Verband ausführen würden, was könnte der uns bieten! Und selbst bei den 10.-S. Beitragserhöhung ist uns die zweite Kasse entbehrlich. Die erste Woche schüttet uns der § 616 des B.G.V. vor einem Monat, 6 Wochen tritt der Verband ein und länger wie 7 Wochen dauern die wenigsten Krankheiten. Dem geringen Prozenzatz der länger als 7 Wochen Kranken könnte mit geringen Mehrkosten auch die Unterstützung noch länger gewährt werden.

Aber keinen Mann und keinen Groschen! denken meine lieben Dresdener Landeskameraden und ihre getreuen Bundesgenossen, die aus dem Blauenschen Grunde, für alles sind sie zu haben, bloß losen darf es nichts. Nun, dem Unzug mit den gebundenen Mandaten ist wenigstens gesteuert.

Aho! Wie jedermann zum Nutzen unserer Organisation, was in seinen Kräften steht, aber schwächt nicht einen Teil unserer Kollegen, der oft und lange genug bewiesen hat, daß er zu den Kerntruppen unserer Organisation gehört.

Den Antrag Nürnberg aber in betreff des P. - Unterstützungsanzugs bitte ich wohlwollend zu erwägen und allen Mitgliedern anzurufen. Unsere Versammlungen sind der Ort, wo die wirkliche Agitation betrieben wird und kein Mitglied ist berechtigt, ohne Grund den Versammlungen fernzubleiben.

Erlaß Görz, Lüneburg.

Genossenschaftliches.

Die Verwaltung der Breslauer Genossenschaftsbäckerei teilt uns mit, daß der Jahresumsatz 1904 betragen hat M. 10155.751 und nicht, wie in diesem Blatte irrtümlich angegeben, nur M. 31.728.22

Die Mühlhäuser Genossenschaftsbäckerei in Mühlhausen i. G. hatte im letzten Geschäftsjahr einen Umsatz von 161.97.65 M und 52.23 M. Reingewinn. Die Verwaltung legt in ihrem Bericht: In den ersten drei Monaten stand unser Bruttopreis auf 56 S. Im Verhältnis zum Weißbrot ging dabei Null von Null auf. Ein vortreffliches Ereignis desselben nötigte uns, den Bruttopreis auf 60 S. zu erhöhen. Danach eines günstigen Farbstoffes flossen wir denkelben, trotz bedeutend gestiegener Preise, im letzten Halbjahr bis zum Jahresende erhalten. Seit dem Monat September ist der Bruttopreis zu 3 M pro Doppelzentner gestiegen und hätte dementsprechend der Bruttopreis schon vor Monaten erhöht werden müssen. Daß dieses nicht geschehen ist, ist auch ein Erfolg genossenschaftlicher Arbeit. Die Produktion an Großbrot mit 74.669 Loib ist um 39.96 Loib höher wie im Vorjahr. Davon entfallen auf Lieferung für die Spitalverwaltung allein 56.683 Loib. Der Konsum durch unsere Mitglieder beträgt 171.000 Loib. Der Gemüse teil, die Rückvergütung wird auf die abgegebenen Lautentnahmen mit 3 S pro ein Loib verteilt. Der Rest mit 47.066 Loib ist an Nichtmitglieder verkauft worden. Unser schwieriger Kampf, die Parzahlung oligoquin strikte durchzuführen, ist auch dieses Jahr noch nicht ganz gelungen. In Anderericht der grossen Nachfrage und vermehrter Arbeit in der Bucht und Rechnungsprüfung ist erneut der Bruttobut gelöst worden, nur im darüberen Monat einige Loib zu Kunden. Dagegen bitten wir unsere Mitglieder, in jedem Monat den Unterstützungsordnung zu Antrag zu nehmen, worauf dieselben berechtigt sind, wenn der Geschäftsbetrieb voll eingestellt ist. Des alten Regiments ist noch unserer Erholungen nach die Wurche, warum in der Wurst der zunahme seine Fortschritte aufzuzeigen sind. Es kann

oft genug betont werden, daß die Vergerei ein Mann die Arbeitersammlte ist. Der Ausschluß von 181 Männern mußte erfolgen, weil dieseben ihren Geschäftszü nicht einzahlteten und nicht konsumierten; doch können eben neu eintreten wenn sie ihren Verpflichtungen entsprechen. Der finanzielle Stand der Gesellschaft ist eine Sache und, wie aus vorstehendem Bericht zu ersehen, auch das Ergebnis unserer Tätigkeiten in besseres wie in den Jahren. Die wütende Konkurrenz und alle Verleumde- schaften haben nicht verhindert, daß Weilburger Genossen- gesellschaft das Leben leicht auszubauen.

Der Lebensbedürfnis und Produktions-
einn zu Freiburg i. Br. berichtet über sein
Weizehöfleicht. Der Umlauf betrug 43'129.68 M., der
gewinn 85'824.8 M., davon allein in der Bäckerei
1.68 M. Die Bäckerei beschäftigte 1 Bäckmeister,
2 Helfer, 9 Gesellen, 1 Heizer und 2 Protausströger.
Bäckerei hat einen Erlös von 25'075.00 M. einen
Umlauf von 16'56.85 M. Das Gewinnergebnis ist
dieses Jahr wieder günstig. Trotz der hohen Mehl-
preise im zweiten Halbjahr des abgelaufenen Geschäftsjahrs
sind die Brotpreise dennoch dieselben geblieben.
Die Aufschlüsse nicht unbedeutend waren, beweist, daß
die Weizenmehl durchschnittlich 80-100 M pro Zent
im vergangenen Jahre mehr bezahlt werden. Roggen-
mehl waren gleichpreisig. Gebacken wurden im Laufe des
Jahrs 1951 705 Stück Brot, gegen 1952 611 Stück im
Jahr, ein Mehr von 86 691 Stück. Der Monatsdurch-
schnitt betrug 162 642 Stück. Außerdem wurden 288 2 Brot-
auf und für 1471.13 M. Feingebäck gebacken.

gegen 1905			
12	Stück 3 Pfund Schwarzbrot.	mehr	26 002 Stück
22	" $1\frac{1}{2}$ "		28 236 "
61	" 3 "	Roggenvorot, weniger	787 "
31	" 1 "	mehr	1 743 "
11	" 2 "	Halbweizbrot, weniger	1 150 "
87	" 1 "	mehr	4742 "
26	Großbrot	"	5 933 "
		mehr	64 559 Stück

1904	1905
9 878 Rentner Weizenmehl gegen	9 461 Str.
4 551 " Roggenmehl "	4 159 "
zusammen 14 429 Rentner	gegen 13 620 Str.
Nach ein täglicher Mehlerbrauch von 39,4 Rentner	

374 Rentner im Vorjahr.
Der Konsum der ein an Goldlauter hat im
am 31. September 1904 abgeschlossenen B. Geschäftsjahr
feiste Erweiterungen erhaben, vielmehr im Verhältnis
zum Vorjahr eine Einsparung erzielt, wohl mehr im
Steuern infolge unserer Ettensafeien, die ja freis einen
vollen Einfluss auf die Betriebe ausüben. Die Mit-
zahl sank von 378 auf 374, der Umsatz von 185.917 M
auf 172.934 M. Die Betriebsbederei ergab bei einem Umsatz
über 27.000 M. ein befriedigendes Resultat, indem

Der Gewinn und ein Debitur ist z. B. berichtet
dass am 30. September 1904 abgelaufene 30 Ge-
währ, das ihm eine reiche Erträge brachte. Die Mit-
zahl hieß sich von 2640 auf 2967, während der Hu-
mele Erträgeungen übertrat, indem er im Verhältnis
Vorjahr von 519 653 M auf 524 607 M stieg. Es ist
im Berichtsjahr ein Mehrumsatz von über 105 000 M
worden. Der Betrieb hat im Berichtsjahr die
Produktion in eigene Hände genommen, zunächst eine
Zei gerichtet und eines Fortschritts zur Leitung und
Führung des Betriebes angeholt. Letzterer hatte das
im Betrieb geführte Werk gegen eine Zahl der Zahl
einer Misch beschaffte Erzeugung zu verhören und
des Betriebes Wirtschaft zu unterstellen. Außerdem füllt
der Betrieb über die Rentabilität des Betriebes ver-
gent hatte, ging er im August vergangenen Jahres zur
Produktion über, indem er fürstliches Zement der
Zei übernahm und auch die bisherigen Arbeiten in
selbständigen Betrieb einstellte. Es wurden 7.000
Ton und für 1904 M Brüderbad produziert. Die
Anfang eines Fortgeschrittenes in ideal für die nächste

Der Hochsunder ein Gütesiegel am 11.
Juni Generalversammlung ab, in der zunächst bei
einem Bericht über das erste Geschäftsjahr erörtert wurde,
ob beim der Berlin einen Abstimmungssatz von
Vorländern. Der Abstimmung in den Weisungen bestimmt,
dass nach Bezeichnung obige mit einer 4:1-
Abstimmung nicht Stimmung des Vorstandes und Kassenrat
ist. Der zweite Satz der Weisungen lautet:
„Sitz einer Sonderversammlung“, die einzige mit dem Ab-
stimmungssatz von oben. Es werden schließlich
die Verhandlungen unterbrechenden Vorfälle ange-
führt und die im Frühjahr 1870 stattfinden

Der Nationalverein Freie-Geistliche
am 1. März 1848 aufgerichtet und unter dem
Vorsteher Gottlieb Hartmann 1848 am 20. Februar
München 11. Zahl 55 ab 21. Februar 1848, in einem
Haus hinter Stachus unter der Leitung von Dr. H.,
der in den Jahren 1846, 47 und 1848 die Freiheit vom
H. die Freiheit brachte eine Wahl veranlaßt, und
H. der Freiheit veranlaßt 11. und 12. Februar 1848 und
13. und 14. Februar 1848 und 15. Februar
1848 und 16. Februar 1848 und 17. Februar 1848
wurde durch den Vorsitz und bestimmt.

卷之三

zielt; die Bäckerei allein warf einen solchen in Höhe von
23 812.88 M ab. Mit den Produktionsgenossenschaften steht
der Verein in lebhafte Geschäfterverbindung. Zu den
Fabrikarbeitergenossenschaften in Hamburg, der Kaufarbeiter-
genossenschaft in Nordhausen und dem Konsum-
verein in Schney, welcher Werbe liefert, ist noch die Pro-
duktionsgenossenschaft der Schneider in Dresden und Sei-
benheuersdorf hinzugekommen. Von der Großeinkaufsgesell-
schaft wurden für 806.000 M Waren bezogen. Neben dem
Personalverhältnis gibt folgende Aufstellung nähere Aus-
kündigung. Der Verein beschäftigte am 31. Dezember 1904
zusammen 188 Personen mit den angegebenen Entschädi-
gungen. 3 Vorstandsmitglieder: 1 a 200 M und frei
Wohnung, 1 a 2600 M und 1 a 2000 M; 1 Hauptlager-
halter 1800 M und 250 M Wohnungsgeld; 1 Lagerhalter für
die Manufakturwarenlager 900 M, 1 Lagerhalterin für
Lehndorf 800 M und freie Wohnung; 11 Lagerhalter; davon
von 1 a 1700 M, 2 a 1800 M nebst 250 M Wohnungsgeld;
8 a 1800 M und freie Wohnung; 6 Kontoristen: 1 a
1570 M, 2 a 1440 M, 1 a 1380 M, 1 a 1320 M, 1 a
1050 M; 1 Kontorbote 24 M pro Woche; 1 Bäckerei-
expedient 1420 M und freies Gebäude; 1 Überbäcker 34 M
pro Woche und freies Gebäude; 21 Bäcker a 25 M pro
Woche und freies Gebäude für geleistete Extraschichten vor
Sonntagnacht am Sonntag erhalten dieselben 5.80 M pro
Schicht; 3 Bäckereiarbeiter a 24 M pro Woche und freies
Gebäude, 2 davon haben jede zweite Woche eine Extraschicht
von Sonntagnacht auf Sonntag, wofür sie 4.90 M bekommen;
5 Lagerarbeiter a 24 M pro Woche; 3 Kutschier a 25 M
pro Woche; 4 Arbeitsträgerinnen: 1 a 13.50 M, 2 a 14 M
1 a 11 M pro Woche; 55 Verkäuferinnen: 21 a 65 M
6 a 60 M, 16 a 55 M, 5 a 50 M, 1 a 45 M, 6 a 40 M
pro Monat; 9 Auskühlungsverkäuferinnen a 40 M und 1 a
65 M pro Monat; 49 Weißbrotanziegerinnen erhalten
10 Proz. bzw. 12 Proz. der abgelieferten Ware, das ist
4 M bis 12 M pro Woche und 1 M für das Einfässieren
pro Sonntag; 11 Reinmachereien: 2 a 16 M, 7 a 15 M
2 a 12 M pro Monat.

Aus der Arbeiterbewegung

Der Bureau angestellten Verband erhöhte im Jahre 1904 seine Mitgliederzahl von 414 auf 568, sein Kassenvermögen von 19.722,- auf 4108.73,-.

Der Fabrikarbeiterverband veranstaltet zurzeit über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in Licher Betrieben und Seiffenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeitnehmer eine Schauausstellung.

Der Graveur- und Ziseleutverband
hatte am Jahresende 2278 Mitglieder, gegen das Vorjahr
mehr 116.

Der Handels- und Transportarbeiterverband steigerte seine Mitgliederzahl im letzten Jahr von 29 682 auf 40 465.

Der Maler verband hatte nach seiner letzten Abrechnung die soeben im "Vereins-Anzeiger" veröffentlicht wird, im vierten Quartal des letzten Jahres 22651 Mitglieder, die volle 13 Wochenbeiträge gezahlt hatten, während die Mitgliederzahl nach den Jahresbeiträgen betragen 22559 beträgt. Es ist dieses eine Zunahme von 352 Mitgliedern gegenüber dem Jahre 1903. Die Gesamteinnahme des Jahres 1904 bewirkt sich auf 438 220.82 M., die Gewinnabgabe auf 394 342.46 M. Von den Ausgaben für Betriebsaufwand für Agitation 10 129.60 M., für das Verkehrsbedürfnis 33 455 M., für Streikunterstützung 12 293.5 M., für Strafverfahrenserledigung 39 537.65 M., für Reiseunterstützung 5977.31 M., für Tierbehandlung 6945 M., für Gemeingegleitunterstützung 3991.75 M., für Rechtsförderung 1514.71 M., Ausgaben zur Befreiung der Kleinmeister 729.24 M., für berufliche Fortbildungskosten 8451.20 M., für Sozial- 11 378.21 M. Das Vermögen des Verbands bestand bis am 25.5.1915 auf gegen 217 691.82 M. an.

Edirne des Jahres 1913.

Der Perseus-Clitterverband zählte im letzten Jahr hundertachtundvierzig männliche und 37 weibliche Mitglieder. Die Orientierungnahme infolge Weltkrieg bestimmt noch nicht. Die Zählung am 10. Mai 1913, in der ein Per-

Der Zusatzverkauf brachte es auf 562.000.000 DM mehr als im Vorjahr, da denne Ziffern

Chap. 1

Victorios.

überlassen muß, weil er das Manuskript zu seiner Reise vergessen hat. Hest 4. Die Denkmalsfeier, Preis 50 ₔ, spottet der unter dem Deckmantel des Patriotismus grassierenden Denkmalswut. Hest 5. Drei Strafanträge, Preis 50 ₔ, läßt uns den furchtsamen Spieker mit seiner Paragraphensfurcht erkennen. Hest 6. Die Prüfung, Preis 40 ₔ, ist eine lustig politisch-häyrische Schülertomödie. Hest 7. Meister Brummer, Preis 50 ₔ, gewährt einen Einblick in den Lohnkampf und das Treiben der Zünningen in einer Kleinstadt. Hest 8. Solidarität, Preis 50 ₔ, läßt den Erfolg gemeinsam geübter Solidarität im siegreichen Stumpfe erkennen. Hest 9. Zu oft, Preis 50 ₔ, behandelt die Verbreitung eines altersschwachen Arbeiters. Hest 10. Die Generalprobe, Preis 60 ₔ, geißelt die Interessenpolitik des Spiekers. Hest 11. Liebesgaben, Preis 50 ₔ, zeigt den Fabrikprofuristen, der die Kosten seiner Liebeleien durch Lohndrückereien auf bringt. Hest 12. Von Amiswegen, Preis mit Musik 1 ₢, spottet spiekerlicher Vereinsmeierei und die Sucht der Polizei politische Misslatten zu ermitteln. Hest 13. Die Sozialdemokraten kommen, Preis 50 ₔ, illustriert die Geistesverfassung auf dem Lande und die dort herrschende Sozialistensfurcht.

„Die Lehrlingsfrage“, eine Agitations Broschüre, herausgegeben vom Reichsverband der jugendlichen Arbeiter Österreichs empfehlen wir jedem unserer Leser, die sich für die Jugendbewegung in Österreich interessieren. Aus dem Inhalte heben wir hervor: 1. Gibt es eine Lehrlingsfrage? 2. Welchen Zweck hat die Lehre? 3. Wird dieser Zweck erreicht? 4. Ist eine Verbesserung möglich? 5. Die Organisation der jugendlichen Arbeiter. 6. Jugend und Sozialismus. Die Broschüre ist 44 Seiten stark. Preis 20 Heller (20 ös). Zu beziehen durch das Secretariat der jugendlichen Arbeiter, Wien, VIII. Verchengasse 13, gegen Einsendung von 25 Heller (25 ös) in Briefmarken.

Die Schiller-Märznummer ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Sie umfaßt 16 Seiten und ist auf Illustrationsdruckpapier hergestellt. Das Titelbild ist eine Reproduktion von Danneders Schillerbüste. Außerdem enthält die Nummer Bilder von Personen und Ereignissen, mit denen Schiller in Verbindung gekommen ist, Handschriftssproben, zwei Porträts Schillers, seine Totenmaske und Titelblätter. Ferner findet sich in ihr der von den Bilderbüchern der bürgerlichen Literaturgeschichte vielfach unterschlagene Bütgerbrief der französischen Revolution in Faksimilewiedergabe. Textlich beginnt das Heft mit einem Lebensabriß des Dichters aus der Feder Friedrich Stampfers. Lilly Braun entwirft eine Charakteristik der bedeutendsten Frau, die in Schillers Schidial eine Rolle gespielt, der Charlotte von Kalb, und zeichnet in dieser Charakteristik zugleich das Verhältnis Schillers zu den Frauen. Über Schillers Idealismus schreibt Kurt Eisner, Schillers Mission auf dem Theater stellt John Schilowski dar. Was Schiller in der Schule in und was er für sie bedeuten könnte, erörtert Eduard David. Endlich gibt Wolkenbuhr als alter Lassalleaner eine lebendige Schilderung von dem Einfluß, den Schiller in den Entstehungsjahren der deutschen Sozialdemokratie als Prophet der Freiheit und des Idealismus auf das Erwachen der Arbeiterschaft ausgeübt hat. Zwischen den Aufsätzen sind in den ursprünglichen Fassungen Neuerungen Schiller aus seinen verschiedenen Perioden gestreut, die dokumentarische Beweise bilden, daß Schiller als Vorkämpfer der bürgerlichen Revolution in der heutigen Bourgeoisie keine Stätte habe, so daß auch dieses Großen Erbe allein das sozialistische Proletariat ist. Diese Schillernummer ist für 20 Pf in allen Parteibuchhandlungen zu haben und wird auch von den Aussträgern unserer Parteizeitungen ge-

In dem soeben ausgegebenen vorletzen Heft des Werkes „Wider die Pfaffenheit“ beginnt das Schlußkapitel, in dem der Verfasser noch einmal zusammenfassend den Inhalt des Buches skizziert; in einem Ausblick behandelt er den Kampf zwischen Wissenschaft und Religion, wie ihn namentlich die Philosophie des 18. Jahrhunderts zu bestehen hatte. Der Verfasser zeigt dann, wie sich Wissenschaft und Religion in der neueren Zeit wieder aussöhnen aus durch vor den Konsequenzen, die das Proletariat aus den Lehren der Wissenschaft zieht, bis schließlich die Arbeitersklave, den Sieg des Sozialismus erringend, jegliche Pfaffenheit endgültig beseitigen wird. In der nächsten Woche erscheint das Schlußheft des Werkes, auf das aber noch immer Abonnenten angenommen werden, die das Werk

Am 1. April wird daß erste Heft des zweiten Bandes der Kulturbilder ausgegeben, der den Titel trägt: „Die Hohenzollern-Legende“. Auch dieser Band umfaßt

50 Lieferungen à 20 H.

Das Vereins- und Versammlungsrecht in Deutschland.
Der Verlag: Buchhandlung Vorwärts hat dieses zuerst im Jahre 1892 erschienene Buch jetzt in zweiter Auflage herausgegeben. Das Buch enthält im ersten Teil eine historische Darstellung der Geschichte der Vereinsgesetze in den deutschen Einzelstaaten, die für die Agitation zur Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes von Bedeutung ist. Der zweite Teil ist eine ausführliche Darlegung des preußischen Vereinsgesetzes, der die neuen Gesetze erkenntniss zugrunde gelegt sind und endlich folgen im dritten Teil die Grundzüge des Gesetzes in den übrigen Einzelstaaten. In seiner neuen Gestalt ist das Buch mehr als in seiner ersten Auflage für den im praktischen Leben stehenden Leser berechnet, jedoch es in allen Partei- und Gewerkschaftskreisen Anfang finden dürfe. Das Buch ist benutztbar gebunden und kann doch leicht in der Tasche ge-

Die Märznummer des „Südd. Postillon“ liegt vor uns. Im Titelbild, unruhig und stürmisch in seinen Farben, „Reet“ der See, gepeitscht von bösen Märzwinden, „Ruhig“ leuchtet das Mittelbild. Ein Meisterstück aber ist das Schlußbild „Das Telegramm“. Vergleichlich lauscht der alte Bergmann auf erlösende Antwort, belacht von dem schauderigen Jungen. Ernst Glaar widmet den Märzfans ein Turmlied voll Hoffnung und Tatendrang; betroffener tönet „Ein Sterben“. Vom alten Kritische erhalten wir außer einem guten Willde die Schilderung seiner Erfahrungen, sowie eine Probe seiner Dichtkunst: „Das Proletariat“. Gopors Porträt hat in der Märznummer sicher Veredelung. E. H. spendet ein paar seiner trefflichen Dreifingersatze. Alois Lepp: Das Lied vom März. Eine beforbete Freude wird unseren Eisenbahnaern über das Lied von Robert Seibel machen: Wir habend Woll vom Rügelrebe. — Die Toten vom 22. Januar. — Märzgedanken und noch viel treffliches Kleines sind untergebracht in dieser Märznummer, die für 10 Pf. jeden Leser in frische